Nr. 32 + 21. Jahrgang

Berlin, 9. August 1913

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Seele des Arbeiters.

I.

-r. Vor einiger Zeit hat ein preußischer Minister den Ausspruch getan, der Zweck und die Aufgabe aller sozialpolitischen Tätigkeit des Staates sei: die Seele des Arbeiters wiederzugewinnen. Man kann die Stimmung verstehen, aus der diese Aeußerung hervorgegangen ist. Es ist nämlich eine Tatsache, daß die deutsche Arbeiterschaft dem Staate und auch der kapitalistischen Gesellschaft entfremdet worden ist, daß fast das letzte Band zwischen ihnen zerrissen ist, und daß kaum noch eine seelische Gemeinschaft besteht zwischen Proletariat und Staat. Wenn man ehrlich sein will, so muß man zugeben, daß die deutschen Arbeitermassen, soweit sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage erwacht sind, dem kapitalistischen Klassenstaate nicht nur gleichgültig und ablehnend, sondern sogar ausgesprochenermaßen feindlich gegenüberstehen. Von einer Zuneigung zu den staatlichen Organen kann keine Rede mehr sein, auch die letzte Spur eines Zutrauens ist verschwunden.

Wie könnte dies auch anders sein? Haben denn die Behörden seit Jahrzehnten nicht alles getan, um den Staatsgedanken bei den denkenden und fühlenden Arbeitern in Mißkredit zu bringen? Als der moderne Kapitalismus auf der Bildfläche erschien und die Arbeitermassen ins tiefste Elend hinabdrückte, stand der Staat gleichgültig beiseite und ließ dem Ausbeutertum freiesten Spielraum. Während er sonst in alles seine Nase steckte und sich um jeden Dreck kümmerte, schützte er die Ausbeutungsfreiheit gegen jede Einschränkung. Als die Arbeiter sich aufrafften, um mit Hilfe ihrer Organisationen einen Damm aufzuwerfen gegen die Sturmflut kapitalistischer Raubgier, knüttelte er die Arbeitervereine nieder und zertrat die junge Saat in rohester Weise. Und als endlich das Koalitionsrecht gesetzlich festgelegt wurde, stellte er einen Galgen daneben und machte den organisierten Arbeitern durch Keulenschläge und Nadelstiche das Leben sauer. Da müßte es ja mit dem Teufel zugehen, wenn das Proletariat trotz einer solchen Behandlung noch einen letzten Rest von Anhänglichkeit an den Staat besitzen würde. Auch heute noch arbeiten die Behörden mit aller Macht dahin, die staatstreue Gesinnung in den Herzen der Arbeiter mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Aber der Staat will sich bessern, wenn man den Worten des Herrn Ministers glauben darf, und er will sich nunmehr ernstlich bemühen, die verlorene Seele des Arbeiters wiederzugewinnen. Da man einem reuigen Sünder, der Besserung gelobt, Entgegenkommen bezeigen soll, so wollen wir auch durch das Schuldbuch des Staates einen dicken Strich machen und ihm versöhnt die Hände reichen. Ja, wir wollen in unsrer angebornen Gutmütigkeit noch weiter gehen und ihm ein paar Fingerzeige geben, wie er es anzufangen hat, um das Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen. Da wir die Seele des Arbeiters gründlich zu kennen glauben, so dürfen unsre Ratschläge vielleicht auf Beachtung rechnen.

Die feindliche Stimmung der Arbeiter gegen den Staat hat verschiedene Gründe, oder anders ausgedrückt, die Seele des Arbeiters wird durch verschiedene Dinge unangenehm berührt. Zunächst empfindet es der Arbeiter unangenehm, daß man ihm nicht den gleichen Anspruch auf eine Hebung seiner Lebenshaltung zugestehen will, wie jeder andern Bevölkerungsschicht. Alle Gruppen unsres Volkes streben nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage mit der Begründung, es sei alles teurer geworden und das Leben stelle größre Ansprüche an den modernen Kulturmenschen. Der König von Preußen hat eine Erhöhung seiner Zivilliste gefordert und durchgesetzt, und mehrere seiner Kollegen haben sein Beispiel nachgeahmt, die Beamten höheren und niederen Ranges befinden sich in einer ununterbrochenen Lohnbewegung, die sie mit dem harmlos klingenden Namen Gehaltsregulierung belegen, auch die Privatangestellten fordern energisch eine Aufbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse. Nicht minder auch streben die Kaufleute und Fabrikanten, die Handwerksmeister und Bauern nach einem höheren Einkommen. Und jeder unparteiisch denkende Mensch gönnt es ihnen, wenn sie es fertig bringen, ihre Lebenslage zu verbessern. Sobald aber die Arbeiter auf dem Plane erscheinen und ebenfalls eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse erstreben, schlägt der Wind sofort um. Dann redet man von krassem Materialismus und öder Genußsucht, dann schimpft man über die Begehrlichkeit und Unverschämtheit der Arbeiter, die den Unternehmern die Ohren vom Kopfe fressen wollten. Selbst in den Zeiten eines günstigen Geschäftsganges weigert sich das Unternehmertum, den Arbeitern einen entsprechenden Anteil an dem gesteigerten Produktionsertrage einzuräumen. Wenn auch einzelne Arbeiterschichten infolge ihrer starken gewerkschaftlichen Organisationen eine Erhöhung ihres Lohnes durchgesetzt haben, so bezieht doch die übergroße Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen noch heute Arbeitslöhne die ein menschenwürdiges Dasein vollständig unmöglich machen. Obendrein kommt noch hinzu, daß durch die ungeheure Verteuerung aller Lebensmittel die geringen Lohnaufbesserungen fast ganz aufgefressen werden. Da läßt es sich denn wohl verstehen, daß sich in den Arbeitermassen ein fortwährendes Drängen nach einer besseren Entlohnung bemerkbar macht, und daß es der Arbeiter als bittern Hohn empfindet, wenn man ihm Geduld und Zufriedenheit predigt und ihn auf das bessere Jenseits vertröstet. Aehnlich liegt es auch mit den Arbeitsbedingungen. Die langen Arbeitszeiten, die noch in zahlreichen Berufen herrschen, die anstrengende Arbeitsweise, die die Kräfte des Arbeiters frühzeitig verzehrt, die Frauen- und Kinderarbeit, die die Familie zerstört und die heranwachsende Jugend vor der Zeit vernichtet, die schlechten gesundheitlichen Verhältnisse in den meisten Betrieben, die ein Heer von Krankheiten nach sich ziehen, alle diese himmelschreienden Mißstände bringen die Arbeiterseele in Wallung. Wie sollten die verelendeten Proletarier eine freundliche Gesinnung hegen können gegen eine Gesellschaft, die mitleidlos zusieht, wie die große Masse des Volkes trotz harter Arbeit ein erbärmliches Leben führen muß? Ist es nicht eine Schande, daß das Unternehmertum den schönen Grundsatz: Leben und Lebenlassen, mit Füßen tritt, daß es niemals freiwillig und aus eigenem Antrieb ein Entgegenkommen zeigt, sondern daß es sich jede Verbesserung erst abtrotzen läßt. Und selbst diejenigen Angehörigen der besitzenden Klassen, die etwas mehr soziale Einsicht und ein größeres soziales Empfinden haben als die Mehrzahl ihrer Klassengenossen, begnügen sich mit Sympathiekundgebungen, die zu nichts verpflichten und auch nichts nützen, anstatt tatkräftig mit Hand anzulegen und bessere Zustände zu schaffen. Da ist es doch wahrlich kein Wunder, wenn die Arbeitermassen einer solchen selbstsüchtigen, lieblosen Gesellschaft keine Zuneigung entgegenbringen.

Und welche Stellung nimmt der Staat ein in den wirtschaftlichen Streitigkeiten? Hier finden wir eine Quelle fortwährender Mißstimmung. Fast ausnahmslos stellen sich die Organe des Staates auf die Seite des Unternehmertums. Sie können sich noch immer nicht zu der Erkenntnis aufschwingen, daß die theoretische Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit in die Praxis umgesetzt werden muß, wenn sie Wert haben soll. Es ist wirklich nicht notwendig, unsern Kollegen noch ausführlich zu erzählen, welche Erbitterung dadurch hervorgerufen wird, daß die Behörden parteiisch vorgehen und dadurch den Arbeitern den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erschweren. Unser gesamtes öffentliches Leben wird dadurch vergiftet und das Vertrauen zum sogenannten Rechtsstaate schwindet immer mehr. Dagegen verschlägt es wenig, daß der Staat in gewisser Beziehung Arbeiterschutz treibt und sich bei Gelegenheit ein arbeiterfreundliches Mäntelchen umhängt. Die seit einigen Jahrzehnten beliebte Sozialpolitik, die viel zu viel an die Methode vom „Pelzwaschen ohne ihn naß zu machen" erinnert, hat es nicht vermocht, die Arbeitermassen zufrieden zu stellen, weil sie Stückwerk und Flickwerk ist und nicht kräftig genug durchgreift und weil sie als Gnade und Wohltat gereicht wird, anstatt sich als das zu geben, was sie sein sollte, nämlich als ein Recht, auf das die Arbeiter einen Anspruch haben. Der Schutz gegen die Raubtierkrallen des Ausbeutertums ist eine Pflicht des Staates, für die er keine Dankbarkeit und Knechtseligkeit fordern darf, sondern die er ohne Hintergedanken und Nebenabsichten erfüllen muß. Der Arbeiter empfindet es als eine Zurücksetzung, daß man ihn mit Gnadenbrocken abspeisen will, ihm aber sein gutes Recht vorenthält. So wie der Staat heute vorgeht, wenn es sich um die Kämpfe des Proletariats auf wirtschaftlichem Gebiete handelt, wird es ihm sicher nicht gelingen, die Seele des Arbeiters zu gewinnen. Da muß er denn doch von Grund auf umlernen und eine völlig andere Methode einschlagen.

Zum Bauarbeiterschutz-Kongreß.

-a- Nach Leipzig, der Stadt der Internationalen Baufach-Ausstellung, ziehen zum 11. und 12. August die deutschen Bauarbeiter aller Branchen und Berufe, um Rats zu pflegen über die Unfallgefahren des Berufes, Berufskrankheiten und deren Beseitigung und Einschränkung. Es liegt nahe, die Abhaltung des Bauarbeiterschutzkongresses mit der Internationalen Baufach-Ausstellung, in deren Räumen, nebenbei gesagt, die Tagung stattfindet, miteinander in Verbindung zu bringen.

Tatsächlich hat die Ausstellung auch die Anregung zur Abhaltung des Kongresses gegeben. Angesichts der vielartigen, zum Teil gewaltigen Bauten, die das Ausstellungsterrain beherbergt, die der Welt zeigen sollen, wie herrlich weit man es im Bauwesen gebracht hat, lag es nahe, auch auf die weniger freundliche Kehrseite zu verweisen. Das Bauen bringt nicht nur Ehre, Freude und vor allem — Verdienst, sondern es erfordert jahrein, jahraus tausende und abertausende Opfer an Leben und Gesundheit der Bauarbeiter. Um die Knochen unserer Bauarbeiter handelt es sich, um deren Leben und Gesundheit. Deshalb ist die Baufach-Ausstellung auch nicht die Ursache des Kongresses der Bauarbeiter, sondern eben nur der äußerliche Anlaß.

716 584 Unfallmeldungen sind nach den Berichten des Reichsversicherungsamtes im Jahre 1911 in Deutschland insgesamt erfolgt. Von den Unfällen waren 9443 mit tödlichem Ausgange, und weitere 988 hatten dauernde Erwerbsunfähigkeit im Gefolge. Dazu wird in einer Fußnote bemerkt, daß die Mitteilung aller Unfälle, die den Tod oder eine Erwerbsunfähigkeit des Verletzten von mehr als drei Tagen zur Folge haben, an die Genossenschaft zwar gesetzlich vorgeschrieben sei, daß aber trotzdem ein Teil dieser Unfälle nicht zur Anmeldung gelange und deshalb anzunehmen sei, daß die Gesamtzahlen der Unfälle noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Was will es dieser Unsumme von Elend, Not und Unglück gegenüber bedeuten, daß der amtliche Bericht in selbstgefälliger Weise aufzählt, daß in dem einen Jahre von allen Berufsgenossenschaften zusammen 149 820 151,11 Mark an die Verletzten an Entschädigung gezahlt sei, und weitere 1 228 367,22 Mk. Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit aufgewendet seien. Zunächst sind von 716 584 gemeldeten Unfällen nur 132 114 als unterstützungspflichtig anerkannt worden. Es sind also vier Fünftel der Unfälle überhaupt nicht entschädigt worden, und was im Entschädigungsfalle auf den einzelnen Unfall kommt, ergibt eine einfache Teilung der obigen Zahlen. Für das Bauwesen allein weist der amtliche Bericht 9986 Unfälle auf, von denen 824 tödlich verliefen und 41 eine völlige und 2561 eine teilweise dauernde Erwerbsunfähigkeit mit sich brachten, während 6560 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Das sind Zahlen, die ohne weiteres die Notwendigkeit der Beratung von Abhilfemaßnahmen ergeben und die Veranstaltung der Tagung begründen.

Zur Beratung haben die Veranstalter des Kongresses folgende Themen in Vorschlag gebracht: 1. Die Entwicklung des Bauarbeiterschutzes im letzten Jahrzehnt. 2. Die Unfallgefahren im Baugewerbe. 3. Die Berufskrankheiten im Baugewerbe und 4. Die beabsichtigte Regelung des Submissionswesens durch Reichsgesetz. Die Notwendigkeit der Behandlung der ersten beiden Tagesordnungspunkte ergibt sich ohne weiteres aus dem obigen. Aber auch die Besprechung der Berufskrankheiten im Baugewerbe ist dringend. Neben der Unfallgefahr drohen dem Bauarbeiter noch eine Anzahl mit der Ausübung des Berufes verbundenen Krankheiten. Feuchtigkeit und Zugluft in den Bauten sind häufig die Ursachen von rheumatischen Leiden der verschiedensten Art, von denen wohl ausnahmslos alle Bauarbeiter heimgesucht werden. Daneben die verheerende Wirkung von zum Teil recht gefährlichem Staub auf Lunge und sonstige Atmungsorgane. Die durch Verarbeitung verschiedener Baumaterialien entstehenden Entzündungskrankheiten erheischen die Aufmerksamkeit aller Beteiligten. Das Elend der durch Bleifarben Vergifteten schreit zum Himmel.

Was die beabsichtigte Regelung des Submissionswesens durch Reichsgesetz mit dem Bauarbeiterschutz zu tun hat, erscheint auf den ersten Blick zwar nicht einleuchtend. Aber schon der erste Bauarbeiterschutzkongreß im Jahre 1899 beschäftigte sich bereits mit dieser Frage und stellte Forderungen auf Beseitigung der allergrößten Schäden. Der zweite Kongreß 1905 stellte spezielle Forderungen und verlangte insbesondere die Aufnahme der Lohnklausel in die Submissionsbedingungen und Lieferungsverträge. Zurzeit steht die Frage der gesetzlichen Regelung des Submissionswesens wieder im Vordergrund des Interesses. Im Reichstage ist bekanntlich eine Kommission zur Vorberatung eines Gesetzentwurfes eingesetzt. Bei dieser Sachlage erscheint es notwendig, daß die Bauarbeiter sich rühren, damit auch ihre

Interessen bei der Regelung des Submissionswesens die nötige Berücksichtigung finden.

Für uns Holzarbeiter kommen die Fragen des Bauarbeiterschutzes allerdings nur in beschränktem Umfange in Betracht. Unser Vorstand hat die Zahl der am Bauarbeiterschutz interessierten Mitglieder auf 30 000 beziffert. Das ist ungefähr der siebente Teil unserer Mitgliedschaft. Die Zahl der Kollegen, die für den Bau arbeiten, Bautischler usw. dürfte allerdings größer sein. Der größte Teil der dabei in Betracht kommenden Arbeiten werden aber nicht im Bau, sondern in Betriebswerkstätten angefertigt. Und wenn auch in den Werkstätten in bezug auf Arbeiterschutz vieles verbesserungsbedürftig ist, so steht das doch mit dem Bauarbeiterschutz nur in mehr oder wenig loser Beziehung. Es kommen vornehmlich die Branchen unseres Berufes in Betracht, welche die nur zum Teil fertigen Arbeiten im Bau befestigen und fertig stellen. Unsere Anschläger und Einsetzer, Jalousieanschläger, Treppenbauer und Parkettleger sind es, die unter den Unfallgefahren der Bauarbeit leiden und des Schutzes dringend bedürfen. Man sehe nur einem Einsetzer bei der Arbeit zu, wenn er auf halbfertigen Treppen oder Leitergerüsten Türen und Fenster bis ins dritte oder vierte Stockwerk transportieren muß. Treppe oder Leiter ohne Schutzgeländer, oder wenn ein solches vorhanden ist, in einem Zustande, daß unsere Hamburger Kollegen ein solches mit einer Warnungstafel „Achtung! Das Berühren des Schutzgeländers ist wegen Einsturzgefahr verboten!" versehen haben. Mit ganz besonderer Gefahr ist das Einsetzen der Fenster dort verbunden, wo dasselbe von außen geschehen muß. Das Stehenlassen der äußeren Baugerüste würde die Gefahr gänzlich beseitigen oder mindestens erheblich einschränken. Das hindert aber nach Ansicht unserer Bauherren das Fortschreiten der Arbeit, und deshalb müssen die Einsetzer sich der Gefahr aussetzen, ihre Knochen, unter Umständen sogar den Hals zu brechen. Man beachte die Jalousieanschläger, wie sie auf einer innen angelehnten wackligen Leiter stehend, den Oberkörper über den Fensterkämpfer weit nach außen biegend, ihre lebensgefährliche Arbeit verrichten. Aehnlich liegt es beim Treppenbauer und beim Anfertiger des Treppengeländers. An dem Rande eines drei, vier, ja unter Umständen sogar sechs bis acht stockwerktiefen Treppen- oder Fahrstuhlschachtes müssen sie ihre schwierige Arbeit verrichten. Der Parkettleger leidet unter den Gefahren des Staubes, der der Unterfüllung des Fußbodens bei der Arbeit entsteigt. Außer den dadurch herbeigeführten Erkrankungen der Atmungsorgane gehören Krankheiten des Knies zu den ständigen Begleiterscheinungen seines Berufes.

An dem Ausbau eines durchgreifenden Bauarbeiterschutzes haben aber nicht nur die direkt im Bau Beschäftigten ein Interesse. Bauarbeiterschutz ist eine Frage von allgemeiner Bedeutung. Insbesondere liegt der Arbeiterschaft im allgemeinen die Pflicht energischer Propaganda ob. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die Beteiligung unseres Verbandes an der Ausstellung im Hause der Generalkommission auf der Baufach-Ausstellung zu betrachten. Wie sehr damit ins Schwarze getroffen wurde, und wie sehr durch unsere Veranstaltung die Scharfmacher im arbeiterfeindlichen Lager aufgebracht sind, beweisen die hämischen Angriffe und Verdächtigungen in den Organen der Arbeitgeberorganisationen. Uns kann das nicht veranlassen von unseren Forderungen nur ein Jota abzulassen. Nach wie vor werden wir den Behörden, der Oeffentlichkeit und allen, die es angeht, zurufen:

„Im Namen der Hinterbliebenen unserer Berufskollegen, die die Maschinen erschlagen, der Tausenden von Kollegen, denen sie ihre gesunden Glieder zermalmt, im Namen der gesamten Maschinisten und Säger, die tagtäglich den drohenden Gefahren entgegentreten müssen, erheben wir unsere Forderungen in dem Bewußtsein, mitzuarbeiten an einem gemeinsamen Werke sozialer Fürsorge, Humanität und Menschlichkeit."

Wir sind sicher, der Bauarbeiterschutzkongreß wird diese Forderung, auf die Bauarbeiter ausgedehnt, zu der seinen machen.

Wirtschaftliche Monatsschau.

Juni.

Die Entwicklung der Beschäftigtenziffer steht in diesem Sommer in einem gewissen Gegensatz zu der Lage am Arbeitsmarkt. Während dieser ein auffallendes Ueberangebot an Arbeitskräften — besonders in einzelnen Bezirken und Berufen — aufweist, ergibt die Zahl der in Arbeit Stehenden gegenüber dem Vorjahre, nach den Ausweisen der deutschen Krankenkassen, die etwa zwei Drittel aller Beschäftigten erfassen, im Monat Juni noch eine Zunahme von 131 530 Personen. Diese Zunahme ist allerdings die geringste, die in diesem Jahre zu verzeichnen ist und auch nur halb so hoch als vom Juni 1911 auf Juni 1912. Demgegenüber ist aber zu bemerken, daß in der letzten Krisenperiode vom Mai 1908 bis April 1909 jeder Monat eine Abnahme der Beschäftigtenziffer gegenüber dem Vorjahre brachte und auch in den übrigen Monaten der Jahre 1908 und 1909 die Zunahme unter der des Juni 1913 blieb. Freilich ist eine Wirtschaftskrise nicht erst vorhanden, wenn eine Abnahme der Beschäftigtenziffer eintritt, sondern schon dann, wenn der alljährliche natürliche Bevölkerungszuwachs nicht mehr seine Erwerbsgelegenheit findet. Dieser jährliche Zuwachs beträgt in Deutschland etwa 850—900 000 Köpfe, von denen wiederum etwa der dritte Teil erwerbstätig ist und zu zwei Dritteln dessen Krankenkassenangehörige stellt.

Die so berechneten etwa 200 000 Köpfe als Zunahme sind im Juni nicht ganz erreicht. Immerhin erklärt sich daraus nicht das kolossale Ueberangebot am Arbeitsmarkt. Dieses kommt vielmehr daher, daß dauernd ein starker Zuzug ausländischer Arbeitskräfte aus dem Osten stattfindet, und daß zum anderen infolge der ständigen Verteuerung der Lebenshaltung sich heute Personenkreise um die gewerblichen Arbeitsstellen bewerben, die früher nicht gewerblich tätig waren. Insbesondere kommt dies in der starken Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte zum Ausdruck, die heute vielfach Plätze besetzen, die früher allein den Männern offen standen.

Diese Verschiebungen am Arbeitsmarkt sind durchaus beachtlich; dann aber ist auch die Entwicklung in den einzelnen Landesteilen recht unterschiedlich. Während zum Beispiel die Beschäftigtenziffer des Monats Mai gegenüber dem Vorjahre in Württemberg noch eine Zunahme um 1,1 Prozent aufweist, ergab Berlin eine Abnahme in gleicher Höhe. Außerdem weisen Bayern und das Königreich Sachsen noch eine Abnahme auf. Betroffen sind dabei besonders stark das Baugewerbe, die Elektrizitäts-, Textil- und die Holzindustrie.

Der Arbeitsmarkt ergibt infolge der oben geschilderten Umstände ein ungünstigeres Bild als die Beschäftigungsziffer, er konnte den Andrang weit weniger aufnehmen als in den beiden Vorjahren. Während im Juni 1912 auf je 100 offene Arbeitsstellen 118,3 Arbeitsuchende kamen, waren es deren jetzt 126,9. Der Mai 1913 hatte allerdings 128,9, also noch etwas mehr. Am stärksten war die Ueberlastung außer Hessen und Elsaß-Lothringen wiederum in Berlin mit 156,10 Arbeitsuchenden pro 100 Stellen. Unter dem Durchschnitt des Reiches blieben die östlichen Provinzen, das Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau und das Königreich Sachsen. Aus diesen Angebotzahlen ergibt sich wiederum die Notwendigkeit der Ablenkung des Zuzugs von den Großstädten.

Daß nicht der Konjunkturrückgang jene ungünstige Gestaltung des Arbeitsmarktes verursacht hat, zeigt auch die Entwicklung des Warenmarktes. Der Verbrauch an Kohle und Eisen weist pro Kopf der Bevölkerung im ersten Halbjahr 1913 eine bedeutende Steigerung auf. Das bedeutet also, daß auch mehr als früher produziert worden ist. Ebenso sind Ein- und Ausfuhr an Waren gegenüber dem Vorjahre erheblich gewachsen, die erstere um 2,22, die letztere um 8,27 Prozent. Die Einfuhr betrug im ersten Halbjahr 1912 insgesamt 324 945 736 Doppelzentner, 1913 dagegen 340 818 846 Doppelzentner, die Ausfuhr 307 099 241 Doppelzentner im Januar bis Juni 1912, 1913 dagegen 361 267 102 Doppelzentner. Unter den Warengruppen, die eine Zunahme des Exports aufweisen, befindet sich selbst die unter den Balkanwirren besonders leidende Textilindustrie, deren Export von 1 904 431 auf 2 081 657 Doppelzentner stieg.

In gleicher Weise ergaben auch die Einnahmen der Eisenbahnen eine Steigerung des Warenumsatzes. Der Güterverkehr auf den deutschen Bahnen brachte im ersten Halbjahr 999,96 Millionen Mark oder 54,26 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Die Betriebseinnahmen pro Kilometer, mit Ausnahme der bayerischen Bahnen, stellten sich im Juni 1912 auf 1570 Mk. oder 19 Mk. mehr als 1912 aus dem Personenverkehr, und 3010 oder 94 Mk. mehr aus dem Güterverkehr.

Wenn sich trotz dieser durchaus befriedigenden Entwicklung des Warenmarktes die Erwerbsmöglichkeit der arbeitenden Bevölkerung so ungünstig gestaltet, so beweist dies, daß die fortschreitende Technik immer mehr menschliche Arbeitskräfte entbehrlich gemacht hat und somit eine Verkürzung der Arbeitszeit des einzelnen Beschäftigten nicht nur durchführbar, sondern absolut nötig ist.

Der gegenwärtige außerordentliche Arbeitsmangel im Baugewerbe und den davon abhängigen Berufen, dürfte allerdings zu einem erheblichen Teil auf die Gestaltung des Geldmarktes zurückzuführen sein, der seinerseits wohl stark von den Vorgängen auf dem Balkan beeinflußt wird. Der Monat Juni 1913 brachte mit 5,66 Prozent den höchsten Privatdiskont, den die Berliner Börse im ersten Halbjahr dieses und des letzten Jahres erreicht hat. Im Juni 1912 stand dieser Zinssatz noch auf 4,15 Prozent, im April 1913 noch auf 4,58 Prozent, im Mai schon auf 5,38 Prozent.

Die Preise der Lebensmittel sind in den letzten Monaten ziemlich unverändert geblieben, so daß der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie mit 25,35 Mk. im Juni noch ein wenig unter dem des Monats Mai (25,43 Mk.) steht, immerhin ist er aber noch um 1,38 Mk. höher als im Juni 1911. Die Preise der vegetabilen Nahrungsmittel lassen für den Herbst eine Abschwächung erwarten, während die Fleischpreise wieder im Anziehen sind. Die Ernteaussichten erscheinen in den Hauptgetreideländern günstig.

In der Holzindustrie gestaltete sich die Gesamtlage etwas ungünstiger als im Durchschnitt aller Berufe. Hierbei sind die nahen Beziehungen zum Baugewerbe nicht ohne Einfluß. Die Unternehmungslust wurde durch die Geldknappheit naturgemäß auch merklich gedämpft. Die Neuinvestierungen blieben im ersten Halbjahr 1913 um 5,45 Millionen Mark unter dem Niveau des Vorjahres. Sie gingen jedoch wesentlich über den Stand der Jahre 1909 bis 1911 hinaus. Die Summe der Neugründungen und Kapitalserhöhungen belief sich im ersten Halbjahr 1913 auf 9 482 469 Mk. gegen 14 815 000 Mk. im Jahre 1912 und 7 505 000 Mk. im Jahre 1911. Im ersten Semester 1913 sind im Holzgewerbe 73 neue Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. mit einem Gesamtkapital von 6,55 Millionen Mark entstanden.

Die wichtigsten Neugründungen des Monats Juni sind: Lothringer Bau- und Kunstschreinerei, G. m. b. H. in Metz. Geschäftsführer: Kaufmann Peter Heinen in Mörchingen und Architekt Richard Schmidt in Mörchingen. Stammkapital 80 000 Mk. — Sanitzer Holzbearbeitungs-Industrie, G. m. b. H. in Sanitz (Teffin, Meckl b.), Dampfsägewerk und Kistenfabrik. Geschäftsführer: Sägereibesitzer Martin Ohde, Kapitän Richard Stahl. Stammkapital 25 569,12 Mk. — Möbelfabrik „Norden" G. m. b. H. in Berlin. Geschäftsführer: Möbelfabrikant Otto Jacob. Stammkapital 21 000 Mk. — F. Manthey u. Co., G. m. b. H. in Berlin. Fabrikation und Vertrieb von Musikinstrumenten, insbesondere Flügel, Pianinos und Harmoniums. Geschäftsführer: Kaufmann Franz Manthey. Stammkapital 20 000 Mk. — Möbelvertrieb vereinigter Tischlermeister Molkenmarkt, G. m. b. H. in Berlin. Geschäftsführer: Tapezierer Karl Wilhelm Scherf, Tapezierer Eduard Gesell. Stammkapital 20 000 Mk. — Schmitz u. Köllmann, G. m. b. H. in Duisburg-Meiderich (Duisburg-Ruhrort). Holzhandel und Betrieb eines Sägewerks. Geschäftsführer: Bauunternehmer Hermann Schmitz. Stammkapital 20 000 Mk. — Dampfsägewerk und Zimmergeschäft, G. m. b. H., in Wetzlar. Geschäftsführer: Bauunternehmer Johann Georg Miller. Stammkapital 20 000 Mk. — Rudolph Klein vorm. August Liebers u. Cie., G. m. b. H., in Gunersdorf (Frankenberg, Sachsen). Geschäftsführer: Kaufmann Kloes und Kaufmann Wilhelm Reitz. Stammkapital 390 000 Mk. — Holzindustrie-Gesellschaft m. b. H. Becher u. Cie. in Blankenrath (Zell, Mosel). Sägewerk. Geschäftsführer: Kaufmann Otto Becher in Blankenrath. Stammkapital 36 000 Mark. — Holzwarenfabrik Carl Dörr, G. m. b. H., in Rabenau. Geschäftsführer: Tischlermeister Carl Dörr in Rabenau und Kaufmann Willy Gratz in Berlin. Stammkapital 20 000 Mk.

Kapitalserhöhungen nahmen u. a. vor: Holz- und Bauindustrie Nakel, G. m. b. H., in Nakel, Netze, um 50 000 Mk. auf 150 000 Mk. — Gleiser u. Co., G. m. b. H., Möbelhaus in Berlin, um 10 000 Mk. auf 30 000 Mk. — Kindermöbelfabrik Carl Baumann, G. m. b. H., in Berlin, um 19 000 Mk. auf 42 000 Mk. — Frankfurter Carosserie- und Luxuswagenbauwerke, G. m. b. H., in Frankfurt a. M., um 41 000 Mk. — Salzuflen Möbelfabrik G. m. b. H. in Salzuflen auf 30 000 Mk.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz hat im Juni wieder nachgelassen. Sie betrug 5 357 850 Doppelzentner gegen 5 876 254 Doppelzentner im Juni 1912. Die Einfuhr im ersten Halbjahr 1913 ist um 5,44 Prozent geringer als 1912. Die Ausfuhr an Holzwaren erreichte im Juni 1913 nur 71 206 Doppelzentner im Werte von 6 269 000 Mk. gegen 75 712 Doppelzentner und 5 985 000 Mk. im Juni 1912. Das ganze erste Halbjahr 1913 weist mit 381 765 Doppelzentner gegen 393 547 Doppelzentner im Jahre 1912 einen Rückgang an Masse der ausgeführten Waren auf, dagegen ist deren Wert von 32 826 000 Mk. im Jahre 1912 auf jetzt 34 033 000 Mk. gestiegen. Es sind also zwar weniger aber hochwertigere Waren exportiert worden. Die Ausfuhr hat in Stöcken, feinen Holzwaren und Möbeln eine Steigerung, in Bürsten- und Pinselwaren, Furnieren und Parkettböden eine Minderung erfahren. Dagegen weisen die Halbjahresziffern infolge der günstigeren Vormonate zum Teil noch eine Steigerung auf, so z. B. bei den Klavieren von 93 060 auf 98 543 Doppelzentner, bei Klaviaturen von 8366 auf 88 043 Doppelzentner.

Die Ungunst der Verhältnisse für die Holzindustrie zeigt sich besonders kraß auch am Arbeitsmarkt, wo der Andrang von Arbeitslosen im Juni mit 248,9 auf 100 offene Stellen weit über den Durchschnitt aller Berufe steht. Während im Mai mit 233 Arbeitslosen es deren 61,4 mehr waren als im Vergleichsmonat des Vorjahres, brachte es der Juni 1913 sogar auf 100,5 mehr als der Juni 1912. Diese Tatsache findet auch darin ihren Ausdruck, daß von unseren Verbandsmitgliedern Ende Juni 4,95 Prozent, also rund der 20. Teil arbeitslos waren, während dies im Mai 1913 auf 4,80 Prozent, im Juni 1912 aber nur auf 2,61 Prozent zutraf.

Nicht ganz so ungünstig wie die Lage der Arbeiter hat sich diejenige der Aktiengesellschaften entwickelt, die im Juni ihre Bilanzen veröffentlichten. Das Aktienkapital betrug bei diesen jetzt 9,57 Millionen Mark, die Dividende 0,57 Millionen Mark oder 6 Prozent gegen 5,4 Prozent beim vorhergehenden Abschluß. Die Rohrfabrik H. C. Meyer jr. in Harburg hat infolge eines großen Brandes im Jahre 1911 im letzten Jahre große Aufwendungen für Neu- und Erweiterungsbauten und provisorische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes machen müssen und mußte deshalb die Dividende von 7 auf jetzt 6 Prozent herabsetzen. Die Leipziger Baufabrik vorm. W. F. Wenk schüttet bei 598 000 Mk. Aktienkapital (von 1 668 000 Mark Betriebskapital) jetzt 3 gegen 2½ Prozent im Vorjahr aus. Die Parkettfabrik Langenargen erzielte 1912 einen Umsatz von 542 764 Mk. gegen 535 425 Mk. im Vorjahr, und erzielte dabei 39 141 Mk. Gewinn, wovon ihre Aktionäre 22 500 Mk. oder 4½ Prozent Dividende erhalten. Die A.-G. für Korbwaren- und Kinderwagen-Industrie Hourdeaux-Bergmann in Lichtenfels arbeitet mit 900 000 Mk. Aktien- und 964 000 Mk. fremdem Kapital und kann 54 000 Mk. oder

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bamberg (Möbelindustrie Gerst), Bernburg, Bramsche, Bruchsal (Schilling), Czersk, Dachau bei München, Darmstadt (Mahr Nachf.), Deutsch-Neudorf in Sachsen, Gebweiler i. Els., Geestemünde (Küllken), Holzgerlingen, Hoyerswerda, Konitz, Mühlhausen in Thüringen (Baugesch. A. Schreiber), Olbernhau im Erzgeb., Rendsburg (Baugeschäfte), Schinkel bei Osnabrück (Bößmann), Schwiebus (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Silberstein), Sellstedt (Rhode), Unna (Hagemeier), Uslar, Verden a. d. Aller, Waltershausen, Wilster in Holstein (Gustav Rau), Wurzen (Möbelfabr. Streil), Zittau (Hennig), St. Gallen (Schweiz).

Rahmenmachern und Glasern nach Stuttgart.

Modelltischlern nach Haynau (Metallwarenfabr. Friedrich), Leipzig, Pilsen in Böhmen (Skodawerke).

Drechslern, Polierern und Hilfsarbeitern nach Cham (Spulenfabrik Max Borger), Lübben i. d. Lausitz (Morgenstern), Neusalz a. Oder, Nürnberg.

Stockmachern nach Cassel-Bettenhausen (Hessische Stockfabrik).

Vergoldern, Grundierern, Verzierern und Farbigmachern nach Burg b. Magdeburg (Wattenberg), Glattbrugg bei Zürich (Oelkers).

Bürsten- und Pinselmachern nach Frankfurt a. M. (Gustav Topp), Nürnberg, Reinfeld in Holstein, Schopfloch, Schwelm.

Korbmachern nach Coburg (Korbmöbelfabrik Rüping u. Fritz), Dresden (Rohrmöbelfabrik Reimann), Osterburg.

Stellmachern nach Gera, R. j. L. (Karosseriefabrik P. Sackl).

Kammachern, Schleifern, Lötern, Graveuren, Hilfsarbeitern nach Darmstadt (Schlager u. Best).

Sägern und Platzarbeitern nach Brötzingen, Cham, Dillstein, Groß-Bartelsee bei Bromberg, Kehl a. Rh.

Werftarbeitern nach Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Hamburg, Kiel, Stettin, Vegesack.

---

6 Prozent (gegen 4 im Jahre 1912) Dividende auswerfen. Die Süddeutsche Möbelfabrik in Mannheim hat zwar ihren Gewinn von 1965 auf 33 467 Mk. erhöht, gibt aber, wie im Vorjahre, noch keine Dividende. Ebenso verfährt die Wolgaster Holzindustrie. Besser schneidet die Bremer Stuhlrohrfabrik Menck, Schultze u. Co. ab, die bei 2 358 000 Mk. Betriebskapital für 1½ Millionen Mark, statt im vorigen Jahre 6½ jetzt 7 Prozent Dividende zahlt.

Soziales.

Das Heim des ledigen Mannes.

In den Städten ist das ehemals allgemein übliche patriarchalische Verhältnis, bei welchem der Handwerksgeselle in die Familiengemeinschaft der Meister eintritt, schon längst aufgehoben. Wo dieses Arbeiten bei Kost und Logis noch zu finden ist, wird es mit Recht als überlebt bekämpft. Ist doch mit ihm nicht nur der Verzicht auf berechtigte Ansprüche an die Wohnung, sondern auch auf einen Teil persönlicher Freiheit verknüpft. In den Industriezentren und Bergwerksdistrikten haben einzelne Unternehmer das alte Verhältnis dadurch aufzufrischen gesucht, daß sie ihre ledigen Arbeiter in eigene Schlafhäusern unterbrachten, die dann zum mindesten die gleichen Schattenseiten wie die Fabrikwohnungen aufwiesen, daß nämlich mit dem Verlust der Arbeit auch der der Wohnung verbunden ist. Schlimmer noch als diese, meist für die etwas freiheitsdürstigeren männlichen Arbeiter eingerichteten Logierhäuser, sind die hie und da aufgetauchten Kasernen für die Arbeiterinnen eines Betriebes. Hier finden sich nicht nur Hausordnungen, die an Arbeitshäuser und religiöse Erziehungsanstalten erinnern, sondern der ganze Apparat ist meist auf dünne Suppen eingestellt, damit die Arbeiterinnen billig bleiben. Die schlimmsten Auswüchse dieser Art aber stellen wohl die Unterkunftsstätten der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter dar.

Der ledige gewerbliche Arbeiter der Großstadt stellt höhere Ansprüche an das Leben und verlangt mit Recht ein freundliches Wohngelaß das mehr ist, als eine bloße Schlafstelle. Trotzdem solchen Bedürfnissen vielfach entsprochen werden konnte, hat sich doch an recht vielen Orten an Stelle des Kost- und Logiswesens ein ebensowenig schönes Schlafburschenwesen herausgebildet.

Um dem zu begegnen, ist in einigen Großstädten versucht worden, besondere Heimstätten für ledige Personen zu schaffen. Wohl gab es solcher Art Stätten schon vordem, die von kirchlichen Organisationen oder Vereinen errichtet waren da diese aber in der Regel die Benutzung an bestimmte Voraussetzungen knüpften, konnten sie für die Allgemeinheit nicht in Betracht kommen. Das „Reichsarbeitsblatt" brachte kürzlich eine Uebersicht über die bisherigen Erfahrungen mit den unabhängigen gemeinnützigen Ledigenheimen. Solche bestehen zurzeit in Stuttgart, Charlottenburg, Düsseldorf und Straßburg. Das Heim in Stuttgart besteht bereits seit über 20 Jahren. Der mit städtischer Unterstützung arbeitende „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen", der sich besonders im Bau von Arbeiterwohnungen betätigt, hat dort im Jahre 1890 das „Arbeiterheim" errichtet, das den Arbeiterbildungsverein beherbergt und einen großen Versammlungssaal besitzt. Dieses Arbeiterheim verfügt aber außerdem über 133 vollständig eingerichtete Zimmer, von denen 26 zum Alleinbewohnen, die übrigen für je zwei Personen bestimmt sind. Den Bewohnern stehen Bibliothek und Lesezimmer des Arbeiterbildungsvereins zur Verfügung. Die Einzelzimmer kosten einschließlich Bedienung 2,25 bis 3 Mk. die Woche, die Zimmer mit zwei Betten pro Bett 1,25 bis 1,75 Mk. Heizung und Beleuchtung werden besonders berechnet. Mit Ausnahme des Frühstückskaffees ist eine Beköstigung in der Anstalt nicht zu haben. Infolge der starken Benutzung dieses Ledigenheims eröffnete derselbe Verein im Jahre 1911 ein zweites Heim für 180 bis 200 Männer, das aber auch schon in wenigen Wochen voll besetzt war. Das neue Heim hat außer Bibliothek und Lesezimmer ein Brausebad und eine alkoholfreie Wirtschaft, die stark benutzt werden. Das ältere „Arbeiterheim" verfügt über eine ziemlich ständige Bewohnerschaft, ergab sich doch als durchschnittliche Wohnzeit der im letzten Betriebsjahre vorhandenen Insassen rund 17 Monate. Die am 1. Juli 1912 vorhandenen 428 Bewohner der beiden Stuttgarter Ledigenheime waren fast ausschließlich Handwerker, dabei 96 Holzarbeiter.

Das Charlottenburger Ledigenheim gehört einer Aktiengesellschaft, an der die Stadtverwaltung stark beteiligt ist. Diese hat auch das erforderliche Grundstück auf Erbpacht hergegeben und sich ein Drittel der vorhandenen Betten für städtische Arbeiter und Angestellte reserviert. Das fünfstöckige Gebäude enthält 282 Zimmer mit je einem, zwölf mit je zwei und 12 mit je drei Betten, insgesamt also 342 Betten. Im ersten Stockwerk ist für die Insassen ein Gesellschaftsraum untergebracht, im Erdgeschoß eine für jedermann zugängliche Speisehalle sowie Volksbibliothek und öffentliche Lesehalle. Der Keller birgt eine kleine Badeanstalt. Die monatliche Miete für das einbettige Zimmer, einschließlich Heizung, elektrischer Beleuchtung und ersten Frühstücks beträgt je nach Lage der Zimmer 10 bis 15 Mk. Hiervon sind 3 Mk. auf das aus einer Tasse Kaffee, Tee oder Kakao und zwei trockenen oder einem geschmierten Brötchen bestehende Frühstück gerechnet. Das Heim ist ständig besetzt und kann gar nicht alle Nachfragenden aufnehmen. Das Gros der Insassen wohnt dauernd dort. Unter den Bewohnern überwogen zwar auch hier die gelernten Arbeiter, doch sind auch Handlungsgehilfen, Techniker und dergleichen stark vertreten.

Aehnlich ist die soziale Zusammensetzung der Bewohner des Ledigenheims in Straßburg i. Els. Dieses ist im Jahre 1910 durch eine gemeinnützige Baugenossenschaft mit Hilfe der Stadt errichtet. Die Landesversicherungsanstalt hat ein Darlehen von 1 Million Mark gewährt. Die Anstalt hat 199 Betten, Brause- und Wannenbäder und eigene Waschanstalt. Die Preise der Einzelzimmer schwanken zwischen 2,90 und 3,60 Mk. die Woche.

Auf ein zweijähriges Bestehen blickt das Ledigenheim in Düsseldorf im September dieses Jahres zurück. Auch hier war die Stadt der Schöpfer, die den Baugrund und ein Kapital von 100 000 Mk. stiftete, während von privaten Stiftern fast ebensoviel aufgebracht wurde. Die Verwaltung des Heims ist einem neugegründeten Verein „Volksheim" übertragen worden. Die Mieter stellen zu ihrer Vertretung einen selbstgewählten Mieterausschuß. Das Heim hat 257 Betten, von denen 139 in Einzelzimmern stehen. Die Praxis hat allerdings dort schon gezeigt, daß trotz des naturgemäß etwas höheren Preises die einbettigen Zimmer bevorzugt werden. Der Mietpreis schwankt zwischen 11 und 15 Mk. pro Monat, doch sind auch einige Betten zu 9 Mk. vorhanden. Bei tageweiser Benutzung kostet das Bett 75 Pf. bis 1 Mk.

Diese vier Ledigenheime mit zum Teil erst kurzer Lebensdauer können natürlich nur als Versuch gewertet werden. Ihre starke Benutzung beweist aber schon heute, daß ein lebhaftes Bedürfnis nach solchen Anstalten vorhanden ist, wie sich anderenteils ergibt, daß auch bei niederen Logispreisen sehr wohl eine Rentabilität gesichert ist. So haben sich in Straßburg schon im ersten Jahre Einnahmen und Ausgaben gedeckt, während die Düsseldorfer Einrichtung ein günstigeres Resultat erzielte als erwartet wurde.

Die Errichtung solcher Ledigenheime wird in erster Linie eine Aufgabe der Gemeinden bleiben. Es haben denn auch bereits die Gemeinden Weißensee, Neukölln (Rixdorf), Neuß und Posen den Bau solcher Heime beschlossen. In Berlin will ein gemeinnütziger Verein mit Hilfe der Stadt die Aufgabe in die Hand nehmen. Die hier geschilderten und beabsichtigten Heime dienen ausschließlich der Aufnahme lediger männlicher Personen. Wohl bestehen bereits an manchen Orten Heime für weibliche Personen, die von Vereinen errichtet sind und entweder eine religiös angehauchte Hausordnung oder zu hohe Preise für Arbeiterinnen haben. In Berlin hat jetzt ein Verein mit weiter gesteckten Zielen die Errichtung großer Arbeiterinnenheime in Aussicht genommen, während die Gartenstadt Hellerau schon seit einigen Jahren ein Ledigenheim für Männer und Frauen besitzt. Das sind nur Anfänge. Das Bedürfnis für solche gemeinnützigen Ledigenheime für weibliche Personen ist zweifellos in den größeren Orten ebensogut vorhanden als für männliche. Man darf also damit rechnen, daß in den nächsten Jahren weitere Gemeinden auf diesem Gebiet vorgehen werden, um dadurch auch das Heim der ledigen Arbeiterin oder des ledigen Arbeiters zu befreien von den Nachteilen, die sich beim heutigen Schlafstellenwesen vielfach gezeigt haben, wobei natürlich immer noch Raum genug bleibt für das Zimmer in der Privatwohnung, das vielleicht der eine oder andere glaubt, dem großen Heim vorziehen zu sollen.

Sächsische Sozialpolitik. Eine ganz eigenartige Auffassung über die Durchführung von Arbeiterschutzbestimmungen legt die sächsische Regierung an den Tag. Sie hat unter dem Drucke der auf Anregung des Zentralverbandes der Fleischer vorgenommenen amtlichen Statistik über die Arbeitszeit im Fleischergewerbe über deren Regelung gleich anderen Regidrungen eine Verordnung an die untergeordneten Behörden erlassen. Nun wäre nichts natürlicher, als daß sie diese Verordnung schleunigst bekanntgibt, damit die Fleischergesellen auf deren Einhaltung achten können. Aber fehlgeschossen. Während selbst in Preußen der betreffende Erlaß veröffentlicht wurde, weigerte sich in Sachsen das Ministerium des Innern, selbst auf eine Eingabe des Fleischerverbandes hin, diesem den Wortlaut der Verordnung bekanntzugeben, weil es sich dabei „um den inneren Dienst betreffende Angelegenheiten handele". Der gewöhnliche Sterbliche wird nicht begreifen, wie ein Arbeiterschutz wirken soll, dessen Bestimmungen die „Nichtbeamten" nicht kennen dürfen.

Der Amtsschimmel gegen das Reichsvereinsgesetz. Auf eine recht einfache Art und Weise hat der Amtsvorsteher des kleinen schlesischen Städtchens Muskau eine Bestimmung des Reichsvereinsgesetzes außer Kraft gesetzt, die unter Umständen einmal die beschauliche Ruhe der Amtsstube hätte stören können. Das Vereinsgesetz schreibt bekanntlich vor, daß die polizeiliche Genehmigung zu öffentlichen Aufzügen und Versammlungen unter freiem Himmel mindestens 24 Stunden vorher nachzusuchen sei. Diese Frist erschien dem Herrn Amtsvorsteher zu kurz, und er beschloß darum anders als wie Reichstag und Bundesrat, und verfügte, daß „derartige Anträge auf Korsofahrten und Umzüge zwei Wochen vor der Veranstaltung einzureichen sind, andernfalls die Genehmigung nicht erteilt wird". Um die Einfachheit seines Verfahrens, ein unliebsames Reichsgesetz zu beseitigen, könnte mancher Staatslenker den Herrn Amtsvorsteher beneiden. Leider steht zu befürchten, daß dessen „Beschluß" kein langes Leben haben wird.

Die sozialdemokratische Parteiorganisation kann in dem soeben veröffentlichten Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Jena nur über geringe Fortschritte in der Mitgliederzahl berichten. Infolge der Aenderung in dem Schlusse des Geschäftsjahres, der jetzt jeweils mit Ende März eintritt, umfaßt der Bericht nur drei Vierteljahre. In dieser Zeit (Juli 1912 bis März 1913) ist die Mitgliederzahl der Parteiorganisationen nur von 970 112 auf 982 850 gestiegen. Dieser Gewinn fällt aber fast ausschließlich auf die weiblichen Mitglieder, deren Zahl von 130 371 auf 141 115, also um 10 744 stieg. Hier kommt offensichtlich der wirtschaftliche Niedergang zum Ausdruck, unter dessen Druck der Zustrom neuer Mitglieder gegenüber den Zeiten flotten Geschäftsganges zurückstand, während er sich bei den weiblichen Mitgliedern nicht so stark geltend machte. Diese sind zu einem großen Teil Ehefrauen der alten Mitglieder, die von der Arbeitslosigkeit nicht so ergriffen werden oder doch deshalb ihre Organisationspflichten nicht zurückstehen lassen. Die Zahl der Ortsvereine beträgt jetzt 4978. Die gleichen wirtschaftlichen Vorgänge dürften auch für die Entwicklung der Parteipresse maßgebend sein. Mancher Arbeiter betrachtet eben seine Tageszeitung noch für einen Luxus, den er am ehesten entbehren kann. Wenn man ferner bedenkt, daß im vorhergegangenen Jahre die Reichstagswahlen, wie immer eine erhebliche Steigerung der Leserzahl brachten, ist der diesmalige Verlust von 12 830 Lesern nicht weiter erheblich. An dem Abonnentenrückgang sind 43 Parteiblätter beteiligt, während 47 eine Zunahme zu verzeichnen haben. Einschließlich der 112 000 Abonnenten der „Gleichheit" hatten die Parteizeitungen deren insgesamt 1 465 212. Nicht eingerechnet sind dabei die 10 500 Leser der „Neuen Zeit" und 371 000 des Witzblattes „Wahrer Jakob". An Tageszeitungen besitzt die sozialdemokratische Partei insgesamt 90. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" ist von 80 086 auf 89 409 gestiegen. Die Jugendbewegung hat gute Fortschritte gemacht. Der Bildungsausschuß gibt einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit von 364 örtlichen Bildungsausschüssen (gegen 339 im Vorjahre). Die Zahl der sozialistischen Landtagsabgeordneten ist von 223 auf 228 gestiegen; nur Braunschweig, Waldeck und Reuß ä. L. haben noch sozialistenreine Landtage, außer den beiden Mecklenburg, in denen es keine gewählten Landtage gibt. Gemeindevertreter hat die Partei jetzt in 509 Städten und in 2973 Landgemeinden, und zwar in den ersteren 2753, in letzteren 3928. Außerdem zählt die Partei in 65 Städten 133 Magistratsvertreter und in 120 Landgemeinden 187 Mitglieder des Gemeindevorstands.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Coburg wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 10. August 90 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 32. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Zahlreiche Meldungen von Unregelmäßigkeiten bei der Auszahlung von Reiseunterstützung laufen jetzt wieder ein. Viele Kassierer beachten die im Statut und Handbuch enthaltenen Vorschriften fast gar nicht und ermöglichen durch ihre Lässigkeit es unlauteren Elementen immer wieder, den Verband finanziell zu schädigen. Wer kein Mitgliedsbuch vorzeigen kann, darf keine Unterstützung erhalten. Irgendwelche „Bescheinigungen" gelten nichts. Vor der Auszahlung etwaige Eintragungen im Mitgliedsbuch nachlesen! Die Reiselegitimation genau mit dem Mitgliedsbuch vergleichen; im Falle etwas radiert oder überschrieben ist, Buch und Legitimation einbehalten und an den Verbandsvorstand senden. Die ausgezahlte Summe an der richtigen Stelle im Mitgliedsbuch eintragen! Mitunter reist jemand mit zwei Büchern, das eine zeigt er heute in dieser Zahlstelle, das zweite morgen in der nächsten Zahlstelle vor, holt also für eine Tour die doppelte Unterstützung heraus. Deshalb darauf achten, ob die letzte Zahlstelle übergangen wurde! Alle Einzelbeträge der letzten zwölf Monate genau addieren und nicht über die statutarische Höchstsumme hinaus auszahlen! Aus der Schweiz und von Oesterreich usw. zureisende Mitglieder erhalten die im Ausland in Franks oder Kronen bezogene Unterstützung in voller Höhe angerechnet als wären diese Beträge in Mark und Pfennig ausgezahlt; eine Umrechnung darf also nicht erst vorgenommen werden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als **verloren** gemeldet und werden hiermit für **ungültig** erklärt:

107377 Peter Kittler, Maschinenarb., geb. 22. 5. 83 zu Ballersdorf.
188078 Adolf Rießen, Tschl., geb. 11. 8. 93 zu Petersdorf.
229121 Max Genz, Tschl., geb. 24. 5. 82 zu Latzig.
341846 Theodor Kutzke, Tschl., geb. 6. 2. 73 zu Berlin.
365701 Jak. Coönen, Tschl., geb. 16. 12. 72 zu M.-Gladbach.
398572 Friedr. Möllering, Tschl., geb. 16. 12. 78 zu Orlingen.
414880 Heinr. Fiinhof, Tschl., geb. 10. 10. 78 zu Seppenrade.
469049 Artur Kraft, Tschl., geb. 20. 3. 88 zu Gera.
526542 Bruno Flister, Tschl., geb. 22. 11. 61 zu Zeitz.
535665 August Klippel, Tschl., geb. 29. 8. 91 zu Dortmund.
551376 Georg Röseler, Beizer, geb. 20. 8. 83 zu Berlin.
553379 Georg Lenke, Klavierarb., geb. 1. 6. 87 zu Berlin.
560177 Johann Haberstroh, Tschl., geb. 6. 8. 68 zu Aachen.
568199 Karl Butters, Drechsler, geb. 14. 10. 93 zu Hof.
618966 Franz Prütz, Tschl., geb. 23. 11. 88 zu Cranzien.
619050 Friedrich Schmidt, Tschl., geb. 6. 6. 95 zu Kümmeritz.

Im Monat **Juli** gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beträge ein:

Gau Danzig: Belgard 100 Mk., Czersk 30, Elbing 200, Goldap 70,75, Graudenz 200, Gumbinnen 160, Hohensalza 140, Jastrow 32,50, Insterburg 250, Johannisburg 40, Königsberg 1200, Köslin 400, Kolberg 100, Lauenburg 240,25, Lyck 76,50, Marienburg 75, Memel 200, Neustettin 15, Ortelsburg 78,25, Osterode 50, Pr.-Holland 15,50, Rastenburg 200, Rügenwalde 55, Rummelsburg 50, Schlawe 50, Sensburg 137,10, Stallupönen 100, Thorn 132,85, Tilsit 760, Treptow 80, Zoppot 25,30 Mk.

Gau Stettin: Anklam 100 Mk., Barth 400, Brunshaupten 100, Demmin 74,50, Fiddichow 50, Friedland 50, Fürstenberg 70,09, Gollnow 179,34, Grevesmühlen 94,94, Güstrow 92,80, Hagenow 46,50, Lassan 150, Loitz 30, Lübz 160, Malchin 80, Malchow 31,56, Naugard 40, Neubrandenburg 70, Neustrelitz 95, Parchim 100, Pasewalk 50, Ribnitz 68,35, Rostock 400, Saßnitz 113,50, Schivelbein 80, Schönberg 97,44, Schwerin 350, Stargard 250, Stettin 500, Stralsund 480, Strelitz 265, Teterow 240,40, Torgelow 58, Ueckermünde 45, Waren 76,83, Wismar 430,97 Mk.

Gau Breslau: Beuthen 130 Mk., Brieg 150, Bunzlau 200, Festenberg 38, Freiburg 850, Friedland 142,24, Gleiwitz 161, Glogau 100, Gnesen 27, Görlitz 1500, Grünberg 264,37, Herischdorf 361,86, Kattowitz 250, Kreuzburg 48, Langenbielau 154, Langenöls 600, Lauban 160, Liebau 197,95, Löwenberg 40, Neisse 73,68, Oppeln 20, Ostrowo 40, Rawitsch 49, Schmiedeberg 241,10, Schweidnitz 770, Schwersenz 120, Strehlen 70, Striegau 100, Waldenburg 300, Ziegenhals 293,22 Mk.

Gau Berlin: Adlershof 350 Mk., Angermünde 200, Arnswalde 110,50, Belzig 59,70, Berlinchen 151,20, Brandenburg 1000, Cöpenick 200, Cottbus 400, Crossen 35, Cüstrin 146,75, Driesen 50, Eberswalde 200, Fehrbellin 48, Forst 726,88, Französisch-Buchholz 48, Freienwalde 105,70, Friedeberg 40, Friedrichshagen 109,56, Fürstenberg 371, Fürstenwalde 230, Gassen 30,23, Guben 300, Hennigsdorf 71,12, Jüterbog 275,72, Königswusterhausen 98,05, Kolmar 40, Luckenwalde 1100, Muskau 128,10, Neudamm 100, Neuenhagen 20, Neuruppin 100, Neuzelle 73, Oderberg 125,10, Oranienburg 60, Potsdam 250, Prenzlau 130, Priebus 166, Pritzwalk 87,54, Rädnitz 40, Rathenow 450, Rogasen 113,70, Samter 52, Schönwalde 154,32, Schwedt 99, Seegefeld 150, Senftenberg 74,25, Spandau 150, Strausberg 175,66, Templin 75, Trebbin 155, Velten 11,47, Vetschau 90,68, Vietz 34,39, Weißwasser 11,10, Werder 30, Werneuchen 24, Wittenberge 200, Wittstock 92,80, Zehdenick 102,20, Zehlendorf 80,50, Zielenzig 125, Zossen 100 Mk.

Gau Dresden: Altenberg 139,83 Mk., Bautzen 700, Bischofswerda 124,62, Brand 100, Cunnersdorf 300, Dippoldiswalde 270, Döbeln 300, Dresden 10 000, Ebersbach 175, Elsterwerda 73, Eppendorf 700, Freiberg 200, Geringswalde 800, Glashütte 250, Großenhain 255,59, Großschönau 300, Königstein 200, Kötzschenbroda 170, Leisnig 150, Liebenwerda 269,90, Löbau 500, Marienberg 250, Meißen 300, Mittweida 250, Mühlberg 225,60, Mulda 50, Neugersdorf 250, Neuhausen 470, Niedersedlitz 800, Rossen 57, Oederan 150, Oschatz 300, Pirna 350, Rabenau 500, Radeberg 300, Radeburg 149,65, Rechenberg 80, Riesa 300, Schandau 626,68, Seifhennersdorf 100, Torgau 80, Waldheim 800, Wilsdruff 800, Zittau 150 Mk.

Gau Leipzig: Adorf 200 Mk., Altenburg 800, Aue 200, Auerbach 250, Borna 296, Borsdorf 38,30, Buchholz 300, Burgstädt 100, Crimmitschau 22,45, Eilenburg 400, Elsterberg 50, Frohburg 120, Glauchau 66,73, Grimma 203, Hainichen 170, Hohenstein-Ernstthal 60, Jöhstadt 330, Kleinolbersdorf 93,44, Kunnersdorf 50, Limbach 75, Markneukirchen 80,30, Markranstädt 160, Meerane 200,15, Meuselwitz 288,35, Neustädtel 60, Oelsnitz 149,06, Penig 80, Plauen 800, Raschau 200, Schkeuditz 187,07, Schleiz 65, Schmölln 2000, Taucha 100, Thalheim 86,32, Treuen 104,42, Triebes 200, Wilkau 150, Wolkenstein 100, Zeulenroda 1000, Zwickau 600 Mk.

Gau Erfurt: Arnstadt 230 Mk., Blankenburg 150,46, Bretterode 20,40, Bürgel 583,55, Coburg 800, Corbetha 4,79, Eisenach 400, Eschwege 67,86, Fehrenbach 64,20, Frankenhausen 300, Friedrichroda 200, Goldlauter 50, Gotha 700, Gräfinau-Angstedt 50, Hermsdorf 92,05, Jena 125, Kahla 2,70, Kelbra 150, Langensalza 176,82, Lauterberg 400, Leibis 156,83, Meiningen 60, Mellenbach 300, Merseburg 50, Mühlhausen 200, Neuenbau 80, Nordhausen 550, Ohrdruf 20, Pößneck 200, Probstzella 80, Rottenbach 25, Rudolstadt 190, Ruhla 150, Saalfeld 140, St. Andreasberg 15,55, Schlotheim 107,50, Schwarza 40, Schweina 50, Stadtlengsfeld 25, Steinach 302,20, Tannroda 77,80, Themar 170, Triptis 170,85, Wasungen 86,50, Weimar 250 Mk.

Gau Magdeburg: Aken 100 Mk., Artern 25, Bitterfeld 60, Blankenburg 100, Braunschweig 1500, Clausthal 74,25, Cöthen 300, Coswig 95,56, Dessau 400, Eisleben 290, Gardelegen 99,75, Goslar 150, Halberstadt 281, Helmstedt 250, Neuhaldensleben 20, Osterburg 53,81, Osterwieck 100, Quedlinburg 170,19, Roßlau 100, Salzwedel 187, Sangerhausen 78,80, Schönebeck 200, Staßfurt 80, Stendal 330,01, Tangermünde 80, Wernigerode 160, Wittenberg 327,75 Mk.

Gau Hamburg: Apenrade 74,88 Mk., Aurich 100, Bergedorf 100, Blankenese 100, Boizenburg 70, Bredstedt 20, Brunsbüttel 74,44, Buxtehude 79,50, Cuxhaven 210, Dannenberg 65, Delmenhorst 240, Eckernförde 30, Elmshorn 250, Emden 100, Estebrügge 190, Eutin 111,65, Flensburg 250, Geesthacht 341, Glückstadt 270,90, Harburg 400, Heide 200, Husum 222,20, Itzehoe 150, Lauenburg 155,82, Lübeck 800, Lügumkloster 20, Meldorf 80, Neuenburg 100, Neustadt 120,74, Norden 130, Oldenburg 650, Pinneberg 100, Scherrebeck 30, Schleswig 120, Schwartau 100, Segeberg 65, Sonderburg 80, Stade 90, Süderbrarup 50, Sulingen 170, Tondern 108,40, Uetersen 95, Varel 133,58, Winsen 180,60 Mk.

Gau Hannover: Alfeld 300 Mk., Bielefeld 1500, Blomberg 80, Bredenbeck 100, Bünde 500, Burgdorf 83,10, Celle 450, Dolligsen 98,50, Detmold 350, Einbeck 80, Hameln 400, Hersfeld 56,16, Hildesheim 200, Holzminden 150, Lage 100, Lehrte 133,15, Lemgo 150, Melle 430, Minden 300, Münden 150, Münder 550, Nienburg 230, Northeim 80, Oeynhausen 500, Osnabrück 450, Osterode 200, Peine 400, Quakenbrück 130,01, Seesen 228,55, Soltau 101,38, Springe 125,58, Stadthagen 50, Uelzen 200 Mk.

Gau Düsseldorf: Aachen 100 Mk., Beckum 54,90, Bochum 330, Bonn 300, Castrop 19,66, Dortmund 548,25, Dülken 100, Duisburg 500, Elberfeld 771, Emmerich 251,08, Gelsenkirchen 162, Gevelsberg 88,40, Gummersbach 100, Haan 207,75, Hagen 600, Hamborn 145,82, Hamm 100, Hattingen 99, Hemer 84,25, Herne 16,79, Iserlohn 50, Krefeld 450, Langenberg 80, Lennep 100, Lippstadt 50, Lüdenscheid 100, Lütgendortmund 100,37, M.-Gladbach 15,59, Münster 95, Oberhausen 79,59, Ohligs 526,02, Paderborn 100,94, Remscheid 272,59, Rheydt 50, Schwerte 103,24, Siegen 180, Solingen 454,32, Uerdingen 302,33, Unna 120, Velbert 154,34, Viersen 55,12, Wald 200, Wanne 79,72, Wattenscheid 69,62, Wermelskirchen 94,70, Wesel 80,30, Witten 97,18 Mk.

Gau Frankfurt: Alsfeld 55 Mk., Amorbach 150, Andernach 60, Bingen 50, Bubenheim 128, Darmstadt 400, Eberbach 50, Edenkoben 182,40, Fechenheim 347,81, Frankenthal 500, Frankfurt 34, Friedberg 150, Gernsheim 20, Gießen 250, Grünstadt 286,12, Heidelberg 400, Hellstein 30, Höchst 1000, Homburg 260, Kaiserslautern 200, Kelkheim 300, Kirchheim 300, Kreuznach 100, Landau 90, Mainz 3000, Marburg 251,19, Metz 200, Mühlheim 180, Neu-Isenburg 100, Neustadt 277,35, Neuwied 200, Offenbach 450, Reistenhausen 19, Rumpenheim 400, Saarbrücken 300, Speyer 244,86, Sprendlingen 60, Vilbel 100, Bockenhausen 143,26, Weinheim 487,27, Wetzlar 130, Wörth 248,89, Worms 700, Zweibrücken 50 Mk.

Gau Nürnberg: Ansbach 150 Mk., Bärnau 27,25, Bayreuth 890, Cadolzburg 50, Erlangen 100, Gunzenhausen 50, Herzogenaurach 65, Mitwitz 176,40, Neumarkt 83,84, Neustadt 100, Nördlingen 70, Ochsenfurt 11,50, Pappenheim 7,57, Rothenburg 50, Sassanfahrt 137,60, Schney 129,50, Schwabach 100, Schweinfurt 55,55, Tirschenreuth 85, Weißenstadt 14,05, Zirndorf 200 Mk.

Gau München: Aibling 140 Mk., Augsburg 500, Berchtesgaden 30, Bruckmühl 150, Dachau 150, Deggendorf 20, Fürstenfeldbruck 20, Füssen 45, Günzburg 60, Holzkirchen 30, Kempten 120, Kirchseeon 15, Memmingen 139, Miesbach 71,35, Mindelheim 40, Mühldorf 140, Penzberg 70, Reichenhall 150, Rosenheim 150, Schrobenhausen 20, Schwaben 70, Starnberg 90, Tegernsee 100, Tölz 60, Traunstein 70, Weilheim 28, Wolfratshausen 171,25, Zwiesel 23,40 Mk.

Gau Stuttgart: Aalen 113,15 Mk., Achern 50, Altensteig 220, Asperg 100, Backnang 30, Baden-Oos 168,57, Balingen 34,66, Bietigheim 150, Donaueschingen 19,64, Durlach 359,38, Ebingen 113, Emmendingen 50, Eßlingen 700, Freiburg 800, Freudenstadt 15, Furtwangen 129, Gaggenau 190,70, Gaildorf 87, Gengenbach 36, Göppingen 525,20, Heidenheim 256,19, Heilbronn 800, Hornberg 80, Karlsruhe 856,60, Kirchheim 1066,85, Kornwestheim 100, Lahr 40, Langenbrücken 50, Laupheim 72,43, Lauterbach 40, Leutkirch 18, Lörrach 124, Ludwigsburg 42,15, Marbach 550, Metzingen 142,78, Mühlheim 75, Nagold 60, Neckarsulm 160,63, Neuenbürg 260,25, Nürtingen 72,15, Offenburg 35, Radolfzell 42,92, Ravensburg 200, Reichenbach 44,35, Reutlingen 157,01, St. Ludwig 199, Schorndorf 250, Schramberg 200, Schwenningen 270, Spiegelberg 148,25, Steinheim 213,90, Sulzbach 45, Tailfingen 145, Triberg 50, Trossingen 90, Tübingen 25, Tuttlingen 30, Ulm 300, Urach 123,80, Villingen 155,26, Waiblingen 465,09, Waldkirch 75,62 Winnenden 68,50, Zuffenhausen 300 Mk.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Dresden. (**Orgelbauer.**) In unserer Branche sind hier fünf christlich Organisierte vorhanden, die recht eifrig für ihren Verband agitierten, wobei sie sich aber nicht immer einwandfreier Mittel bedienten. Einzelne erklärten sogar Unternehmern, den ihnen zugedachten Kollegen, von dem sie wußten, daß dieser fest war, nicht mit auf Montage zu nehmen, sondern schlugen einen vor, den sie dann bei der Montage tüchtig bearbeiten konnten, um ihn zum Austritt aus unserem Verband zu bewegen. Eine leitende Person der christlichen Zahlstelle fühlte sich sogar veranlaßt, die organisierten Kollegen beim Pfarrer der auftraggebenden Kirche zu denunzieren, daß sie im „roten Verband" wären. Dies veranlaßte uns, eine Versammlung aller Orgelbauer einzuberufen, in der der Gauvorsteher Schulz in einem Referat die Praktiken und Zersplitterungsversuche der Christlichen so eingehend beleuchtete, daß der anwesende Bevollmächtigte der christlichen Zahlstelle erst nach langen Bemühungen zum Reden gebracht werden konnte. Er zeigte, daß er als Bevollmächtigter nicht einmal weiß, wie die Unterstützungsgelder in seiner Organisation gegeneinander aufgerechnet werden. Die Christen holten sich in dieser Versammlung eine derartige Abfuhr, so daß wir glauben, sie haben für lange Zeit genug.

Hamburg. (**Paritätischer Arbeitsnachweis.**) Wochenbericht vom Sonnabend, den 26. Juli, bis Freitag, den 1. August 1913.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhandene offene Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhandene gemeldete Arbeitslose
Bautischler inkl. Anschläger	73	—	422
Möbeltischler	61	—	265
Maschinenarbeiter	3	—	84
Polierer inkl. Beizer	2	—	10
Drechsler	—	—	5
Sonstige Branchen	1	—	67
Zusammen	140	—	803

Leipzig. Die **Gummidrechsler** hielten am 29. Juli eine Versammlung ab, in der die Differenzen bei der Firma Flügel u. Polter und ihre Bedeutung für unsere Branche behandelt wurden. In diesem Betrieb hat der Unternehmer Arbeiter aufs Straßenpflaster geworfen, die 20 Jahre zur Zufriedenheit dort gearbeitet haben, um durch billigere Arbeitskräfte seinen Gewinn zu erhöhen. Eine raffinierte Arbeitsweise genügt nicht, an Stelle der männlichen Schleifer und Polierer werden Frauen gesetzt, um den Gummibaronen den Beutel noch mehr zu füllen. In der regen Aussprache wurden denn auch die Vorkommnisse aus anderen Betrieben gestreift. Der bevorstehenden Branchenkonferenz sieht die Versammlung mit großer Hoffnung entgegen. Deren Beratungen sollen die Wege freimachen für ein gemeinsames Vorgehen aller Beschäftigten.

Mühlberg a. Elbe. Kaum sind vier Wochen seit dem Tarifabschluß in der **Rohrmöbelbranche** verflossen, so sucht Meister Apelt schon, den Tarif zu umgehen, indem er einem Kollegen König in Schmölln eine Heimarbeitswerkstelle einrichtet, um die Arbeit billiger zu bekommen. Wenn Herr Apelt immer stöhnt, nichts zu verdienen, so liegt dies zu einem großen Teil auch an dem schlechten Material, das er ausgibt. Das verteuert natürlich die Herstellungskosten. Zureisende wollen hier nicht umschauen, sondern sich beim Arbeitsnachweisführer, Kollegen Wendt im Konsumverein, melden.

Unsere Lohnbewegung.

Auf den Seeschiffswerften.

hat sich die Streiklage in den letzten Tagen wenig verändert. Der Verband der Eisenindustriellen Hamburgs hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben erlassen, in dem anbefohlen wird, daß während des Werftarbeiterstreiks kein Streikender oder Arbeitsloser eingestellt werden darf. Bei Zuwiderhandlungen treten die im Statut vorgesehenen Strafen in Kraft. Nach Zeitungsnachrichten findet am 8. August eine Versammlung der Hamburger Gruppe des Verbandes der Eisenindustriellen statt, in der über einen Antrag der Gruppe Seeschiffswerften verhandelt werden soll. Auf Arbeiterseite ist das Interesse lebhaft auf den in dieser Woche stattfindenden außerordentlichen Verbandstag der Metallarbeiter gerichtet. Größere Versammlungen der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes haben an verschiedenen Orten zur Vorbereitung der Delegiertenwahlen stattgefunden, eine solche in Berlin sprach den Streikenden die vollste Sympathie aus. In **Stettin** hat eine Versammlung unserer Verbandszahlstelle am 29. Juli eine Resolution angenommen, in der bedauert wird, daß es auf einigen Werften zur Arbeitseinstellung gekommen ist, bevor alle Mittel der friedlichen Verhandlung erschöpft waren. Den Stettiner Werftarbeitern könne aber kein Vorwurf gemacht werden, da die dortigen Werftbesitzer nicht das geringste Entgegenkommen zeigten, vielmehr die Verhandlungen absichtlich verschleppten. Insbesondere sei den streikenden Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes kein Vorwurf zu machen, da sie nach Lage der Verhältnisse sich dem Streik anschließen mußten. Der Zentralvorstand wird deshalb aufgefordert, den Streik nachträglich anzuerkennen. Ferner wurde beschlossen, vorläufig die Streikunterstützung aus der Lokalkasse zu zahlen. In ähnlicher Weise beschloß die Stettiner Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes. Der Kampf geht also zunächst auf der ganzen Linie weiter.

In Brandenburg hat die Firma Gebr. Reichstein, Brennabor-Werke, ihre Arbeiter am 2. August, in wenigen Jahren zum dritten Male, ausgesperrt. Im Jahre 1906 verfügte die Firma die Schließung des Betriebes, wegen Forderungen der Lohnarbeiter, im vorigen Jahre sperrte die Firma aus, weil eine Abteilung infolge Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeit eingestellt hatte, in diesem Jahre ist die Aussperrung erfolgt, weil die Arbeiter das anläßlich der vorjährigen Aussperrung mit der Firma getroffene Tarifabkommen rechtzeitig gekündigt haben und bisher eine Einigung über den Abschluß eines neuen Vertrages nicht erzielt wurde. Die Firma lehnte in den Verhandlungen wiederholt alle Vorschläge der Arbeiter ab. Am 22. Juli nahmen die Arbeiter zu der Antwort der Firma Stellung und erklärten einstimmig, daß sie den Abschluß eines neuen Vertrages im Interesse beider Teile liegend betrachten, müßten jedoch bedauern, dem von der Firma aufgestellten Vertrag die Zustimmung nicht geben zu können. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, nochmals Verhandlungen bei der Firma nachzusuchen, die dann auch stattfanden, doch hat sich die Firma zu keinerlei Zugeständnissen bewegen lassen. Nur einige Verschlechterungen, die die Firma noch einführen wollte, wurden zurückgenommen. Nun hat die Firma die Aussperrung von etwa 2000 Arbeitern, darunter etwa 400 Holzarbeiter, verfügt, die nicht gewillt sind, einem Vertrag die Zustimmung zu geben, der von der Firma diktiert ist. Vor einigen Jahren noch wollte die Firma von einem Vertrag nichts wissen, heute sperrt sie aus, um einen Vertrag zu erreichen. Es wird ersucht, den Zuzug von **Korbmachern, Tischlern, Stellmachern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Brandenburg fernzuhalten.

In Bromberg waren vor fünf Wochen die Bau- und Küchenmöbeltischler der Firma Paul Böhm, Groß-Bartelsee,

in den Streik getreten, um den allgemeinen Vertrag auch für diesen Betrieb Geltung zu verschaffen. Da die Maschinenarbeiter bedeutend unter dem Durchschnittslohn, der im Vertrage 46 Pf. beträgt, gearbeitet haben, hielt es sehr schwer, sie in die Reihe zu bringen. Dies war auch der Grund, daß der Streik sich solange hinzog. Es wurde der allgemeine Vertrag in vollem Umfange zur Geltung gebracht. Für die Maschinenarbeiter wurden vier Stunden Arbeitszeitverkürzung und 10 Pf., in einem Falle 11 Pf., Lohnerhöhung für die Vertragszeit erreicht. Für die Tischler konnte bei der Revision der Akkordtarife für mehrere Positionen mehr als 5 Prozent Aufschlag erreicht werden. Die Bromberger Meister hatten den allgemeinen Vertrag erst am 27. Juni offiziell unterschrieben. Die Tabelle zur Berechnung der Abzüge für Maschinenarbeit war im alten Vertrag offen geblieben und hatte der Willkür Tor und Tür geöffnet. Es sind Fälle vorgekommen, wo 54 und 60 Prozent in Abzug gebracht wurden. Von dieser Tatsache ausgehend, hatten die Vertreter schon auf den Städtekonferenzen zum Ausdruck gebracht, daß der neue Vertrag für Bromberg keinen Vorteil bringt, wenn nicht die Regelung dieser Abzüge mit erreicht wird. Diesen Haken wollten die Meister auch wieder in der neuen Vertragsperiode beibehalten. Die Sitzungen, die nach der Unterzeichnung über diese Frage stattfanden, verliefen alle negativ und lösten große Empörung aus, so daß die Kollegen vor 14 Tagen geschlossen in den Ausstand traten. Es ist uns nun gelungen, die Tabelle zur Anerkennung zu bringen und für die Firma Bugiel, die dem Vertrag bisher nicht unterstand, einen Einzelvertrag abzuschließen.

In Dachau möchten die Herren Schreinermeister wohl gerne bewilligen, nachdem sie nun schon die sechzehnte Woche in der Patsche sitzen, aber sie dürfen nicht. So will es der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Am 22. Juli fanden auf Veranlassung des Gewerberats Einigungsverhandlungen statt, die zu keinem Ergebnis führten. Der Arbeitgeberverband forderte nunmehr nichts anderes als die Unterwerfung der Schreinerbetriebe unter den Tarif des Baugewerbes, obwohl im nahen München derselbe Verband für das Schreinergewerbe einen besonderen Tarifvertrag anerkannt hat. Nun soll aber in Dachau mit dem Umbau des Bezirksamtes baldigst begonnen werden, und haben die Schreinermeister eine Eingabe gemacht, die Arbeiten zu erhalten. Dazu brauchten sie allerdings erst den Frieden im Gewerbe, da sie sonst ohne Gehilfen dasitzen würden. Den Frieden wollen aber die großen Taktiker des Dachauer Arbeitgeberverbandes nicht und somit wird es auch nichts mit der sehnsüchtig erwarteten Arbeit vom Bezirksamtbau. Am Schluß der Verhandlungen stellte nämlich der Herr Gewerberat fest, daß einzig und allein die Vertreter der Meisterschaft sich weigern, den Frieden im Gewerbe herbeizuführen. In diesem Sinne wird an die Regierung berichtet und die schlauen Dachauer Meister sehen zu, wie auswärtige Schreinermeister die Arbeiten machen. Dabei können sie sich dann erkundigen, was auswärtige Meister, die tarifliche Vereinbarungen eingegangen sind, ihren Gehilfen für Arbeitsbedingungen gewähren, sicherlich bessere als die Dachauer Gehilfen gefordert haben. Die streikenden Schreiner können es ruhig abwarten; seit 16 Wochen ein einziger Arbeitswilliger, und was für einer! Würde ihn Herr Dall nicht gar so sorgsam vor jedem Luftzug hüten, dann wäre der Bruder auch schon davongeflogen. Der Kampf in Dachau geht demnach weiter und ist der Ort streng zu meiden, was um so leichter möglich ist, weil hier für Schreiner nie viel zu holen war.

In Darmstadt sind die Maschinenarbeiter, Zimmerer und Hilfsarbeiter der Darmstädter Holzindustrie W. Mahr Nachf. ausgesperrt. Die Kollegen haben im genannten Betrieb Forderungen gestellt, welche der Unternehmer brüsk ablehnte. Er verlangte sodann von ihnen, daß sie einen Revers unterzeichnen, wonach sie mit der bestehenden Arbeitszeit und den Löhnen von 34 bis 38 Pf. pro Stunde weiterhin zufrieden seien. Dies lehnten selbstverständlich die Kollegen einmütig ab. Hierauf wurden sie gekündigt. Die Firma sucht nun in bürgerlichen Blättern Arbeitswillige und erklärt ihnen bei der Einstellung, daß es sich bei ihr um keinen Streik handle, da sie den Arbeitern ordnungsgemäß gekündigt habe. Die Kollegen werden ersucht, den Zuzug von Maschinenarbeitern, Zimmerern und Hilfsarbeitern nach Darmstadt fernzuhalten.

In Dresden stehen die Korbmacher der Firma Reimann nun die vierte Woche im Kampf. Ein Ende ist noch nicht abzusehen, da die Firma sich nach wie vor weigert, ihren Arbeitern in der Lohnfrage entgegenzukommen. Während der Aussperrung hat bis jetzt nur eine Verhandlung zwischen der Firma und der Kommission stattgefunden, aber zu keinem Resultat geführt. Die Firma hat in letzter Zeit im „Coburger Tageblatt" mit den Stundenlöhnen kommuniziert, hat aber dabei vergessen hinzuzufügen, daß sie über einen gut eingerichteten Stamm Leute verfügt. Zugereiste Kollegen haben stets den Beweis erbracht, daß die Akkordpreise aufbesserungsbedürftig sind und nur durch sehr intensives Arbeiten ein auskömmlicher Lohn zu erreichen ist. Der Zusammenhalt der Ausgesperrten ist ein sehr guter zu nennen, und wenn sich die Kollegen von außerhalb fernerhin solidarisch verhalten, muß der Erfolg auf unserer Seite sein. Die Firma Goppel hat ihren Leuten angeblich wegen schlechter Geschäftskonjunktur gekündigt. In der Grünbranche ist der Geschäftsgang nicht günstig. Die Kollegen werden durch auswärtige Kollegen im Lohn unterboten. Wir ersuchen die Kollegen, möglichst Dresden zu meiden.

In Gebweiler stehen die Schreiner und Sägereiarbeiter bereits in der achten Woche im Streik. Die mehrfach vom Bürgermeister angebahnten Verhandlungen scheiterten immer an dem mangelnden Entgegenkommen der Arbeitgeber. Bei den letzten Verhandlungen bequemten sich die Herren Arbeitgeber endlich zu einem Zugeständnis von einer Stunde Arbeitszeitverkürzung und einer Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde für die leistungsfähigen Arbeiter über 22 Jahre. Die Herren hofften wohl, daß unter den Streikenden Leute wären, die sich dazu bereit erklären, wegen 2 Pf. Lohnzulage nach achtwöchigem Streik ihre Mitkollegen, die nichts bekommen, im Stiche zu lassen. Der Versuch der Meister, in die Reihen der Streikenden Uneinigkeit zu tragen, hat aber das Gegenteil gezeitigt. In geheimer Abstimmung, an der sich 82 Kollegen beteiligten, wurde einstimmig das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt. Freudige Kampfesstimmung leuchtete aus aller Augen. Und wenn es noch einmal so lang dauern sollte als bisher, wir halten aus; das war das einstimmige Veto der Streikenden. Inzwischen haben sich die Arbeitgeber etwa 19 berufsmäßige Streikbrecher kommen lassen, in der Hoffnung, dadurch die Streikenden einzuschüchtern. Bei diesen ist aber Genugtuung darüber eingetreten, daß jetzt die Meister ihre alten Arbeiter besser schätzen lernen werden, wenn sie mit diesen Leuten gearbeitet haben. Besonders großes Vertrauen müssen die Herren Arbeitgeber zu diesen Leuten selber nicht haben, denn bei den Verhandlungen erklärte ein Arbeitgeber, daß er diese Streikbrecher nur auf zehn Tage vertraglich engagiert habe. Diese Bemerkung löste natürlich allgemeine Heiterkeit aus, hatten doch die Meister vorher alle nur erdenkbaren Ausflüchte gesucht, um zu beweisen, daß sie zu einem Vertragsabschluß nicht in der Lage seien. Während sie so einen Vertragsabschluß mit ihren alten Arbeitern ablehnten, machten sie ihn mit den Streikbrechern, denen sie natürlich ganz bedeutend höhere Löhne bezahlen müssen als sie ihren bisherigen Arbeitern bezahlten. Es ist dies ein Beweis dafür, daß man bezahlen kann. Die Gebweiler Arbeiter sind dadurch von ihren bisherigen Anschauungen über das Wohlwollen ihrer Herren Arbeitgeber gründlich kuriert. Die Zahl der Streikenden hat sich bereits durch Abreise ganz wesentlich verringert. Ob die Abgereisten, wenn sie erst einmal im Genuß der Arbeitsbedingungen anderer Orte gewesen sind, noch einmal Verlangen nach den mageren Löhnen Gebweilers verspüren werden, ist sehr zu bezweifeln. Außer jenen berufsmäßigen Streikbrechern ist es bisher trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, Arbeitswillige zu bekommen. Wer die dortigen Löhne hört, reißt von selber aus. Allem Anschein nach ist noch mit einem längeren Kampfe zu rechnen, und ist deshalb der Zuzug auch fernerhin zu vermeiden.

In Holzgerlingen dauert der Streik der Schreiner bereits die neunte Woche, ohne daß ein Ende des Kampfes abzusehen ist. Fast sämtliche Kollegen sind abgereist oder arbeiten in Betrieben die bewilligt haben. Nur einige Kollegen sind noch am Platze, um den Zuzug fernzuhalten, was denselben um so leichter wird, da nicht leicht jemand nach Holzgerlingen geht, um 30 bis 35 Pf. die Stunde zu verdienen. Es stehen noch sieben Werkstätten, welche vor dem Streik 21 Arbeiter beschäftigten, im Ausstand, während in fünf Werkstätten mit 20 Beschäftigten die Forderungen bewilligt sind. In den sieben nichtbewilligten Werkstätten stehen sieben Streikbrecher, von denen zwei dem christlichen Holzarbeiter-Verband angehören. Da wir geraume Zeit in einem anderen Orte unseres Gaues mit dem christlichen Holzarbeiter-Verband gemeinsam im Kampfe stehen, so glaubten wir, daß es nur einer Mitteilung an die Verbandsleitung bedürfe, damit dieselbe auch hier ihre Mitglieder vom Streikbruche abhalte. Aber weit gefehlt. Unter allen möglichen Ausflüchten versuchte man den Streikbruch zu beschönigen. In den letzten Tagen sind nun auch mehrere Arbeitswillige von unseren Streikposten abgefangen und weitergeschafft worden. Davon erklärte einer, Mitglied des christlichen Holzarbeiter-Verbandes und in Stuttgart nach Holzgerlingen vermittelt worden zu sein. Es liegt also die Annahme nahe, daß man noch weitere Streikbrecher nach dort vermuteln will. Man möchte anscheinend wieder einmal gern bei einem Vertragsabschluß dabei sein. Während nämlich bei den ersten drei Verhandlungen von keiner Seite irgendwie die Christen erwähnt wurden, teilten uns die Meister plötzlich mit, daß sie zu weiteren Verhandlungen bereit seien, wenn auch die Christen zugezogen würden. Das lehnten wir ab, da uns bis dahin nichts davon bekannt war, daß in Holzgerlingen Christen seien. Nachträglich haben wir allerdings erfahren, daß inzwischen, mitten im Streik, die Stuttgarter Christlichen in Holzgerlingen Hausagitation getrieben haben. Die Verhältnisse an einem Orte können so schlecht sein wie sie wollen, überall zeigen sich die Christen als Schutztruppe des Unternehmertums. Bei den niedrigen Löhnen in Holzgerlingen wird es aber selbst bei Aufwendung aller Mühe nicht gelingen, die nötige Zahl Streikbrecher zu finden. Deshalb werden sich die Herren Meister schon dazu verstehen müssen, die Forderungen zu bewilligen, wenn sie nicht dauernden Arbeitermangel bekommen wollen.

In Königsberg i. Pr. hatten die Kollegen der handwerkerlichen Stellmachereien seither unter vielen Mißständen, vor allem langer Arbeitszeit und kümmerlichem Lohn, zu leiden. Nachdem es gelang, die Kollegen zu organisieren, wurden Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden und 45 Pf. Mindestlohn pro Stunde eingereicht. Verhandlungen lehnten die Meister ab. So traten die gesamten beschäftigten 20 Kollegen am 7. Juli in den Streik. Die Hoffnung, die Kollegen mürbe zu machen, sehen die Meister gescheitert, ebenso wie die, Arbeitswillige herenziehen zu können. An die Stellmacher allerorts richten wir die dringende Mahnung, den Zuzug fernzuhalten. — In der Wagenbauerei Dansch erzielten die Kollegen ohne Streik einen schönen Erfolg. Durch Vereinbarung, die auf ein Jahr gilt, erfolgt Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 59 Stunden sofort mit Lohnausgleich sowie Erhöhung des Stundenlohnes um 4 Pf. und Aufschlag bei Ueberstunden 10 Pf. Sämtliche Versicherungsbeiträge zahlt die Firma. An den Vorabenden der hohen Feiertage ist zwei Stunden früher Schluß, wofür kein Abzug stattfindet. Der Durchschnittslohn beträgt 44 Pf. Außerdem wird ein dreitägiger Urlaub ohne Lohnkürzung für drei Jahr im Betriebe Beschäftigte gewährt. Herr Dansch ließ kluge Einsicht walten, hingegen die Stellmachermeister lassen sich ihre Hartnäckigkeit etwas kosten. — Die Beizer und Tischler im Möbelkaufhaus Kneithof, Inh. S. Bernstein, stehen im Streik. Fortgesetzte Schikanierung, menschenunwürdige Behandlung und Nichteinhaltung des Tarifvertrages zwangen die Kollegen am 26. Juli zur Einstellung der Arbeit. Der Betrieb ist gesperrt und werden die Ortsverwaltungen ersucht, auf dem Arbeitsnachweis der Zahlstellen für Fernhaltung des Zuzugs zu sorgen. Besonders die Kollegen der Zahlstellen im Osten bitten wir um Obacht, da die Firma mit marktschreierischen Annoncen Arbeitswillige unter Verdeckung des bestehenden Streiks sucht. Tischler und Beizer von auswärts haben sich daher nur an die Ortsverwaltung, Münzstraße 14 b, zu wenden.

In Nakel (Netze) mußte der Streik der Schneidemühlenarbeiter nach neunwöchiger Dauer abgebrochen werden. Nicht nur der zweite Transport Arbeitswilliger aus Hamburg, sondern auch andere Gründe führten zu dieser Maßnahme. Abgebrochen ist noch lange nicht unterlegen, sondern es ist Gelegenheit gegeben, zu geeigneter Zeit von neuem anzutreten. Die nächste Aufgabe unserer Kollegen ist Ausbau der Organisation, denn nur durch diese kann das Schicksal der Schneidemühlenarbeiter anders gestaltet werden. Es müssen aber auch die Grenzstreitigkeiten zurückgestellt werden, denn diese bilden einen Hemmschuh am Aufstreben dieser Arbeiterkategorie.

Im Nagold- und Würmtal des württembergischen Schwarzwaldes stehen seit drei Wochen die Säger in einer Lohnbewegung. Trotzdem die Forderungen sehr bescheiden sind, stellte sich die Mehrzahl der Arbeitgeber auf einen ablehnenden Standpunkt. Nur die Firmen Lautenschlager in Pforzheim und Kärcher in Hirsau bewilligten sofort eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde. In den anderen Betrieben traten die Kollegen am 12. Juli in den Ausstand. Die Firma Robert Bürkle im Würmtal bewilligte am 22. Juli ebenfalls 1 Pf. In Anbetracht der noch geringen organisatorischen Schulung der Kollegen wurde der Streik auch bei dieser Firma aufgehoben. Nur die Sägereien Gengenbach in Dillstein und Comon in Brötzingen wollen auch heute noch nichts bewilligen und mit Vertretern der Organisation nicht verhandeln. Sie haben einige Streikbrecher gefunden, mit denen sie aber gewiß nicht reich werden. Die Kollegen werden den Kampf fortsetzen im Vertrauen auf den endlichen Sieg ihrer gerechten Sache. Die aber, die diesmal mit einem bescheidenen Erfolg abschnitten, mögen einig sein und treu zum Verband halten, dann wird es auch gelingen, in nicht zu ferner Zeit bessere Erfolge zu erzielen.

In Schmölln (S.-A.) reichten jetzt sämtliche bei der Firma Bernhard Jahr in der Hornknopfbranche beschäftigten Arbeiter die Kündigung ein. Veranlassung gab die mangelnde Beachtung der bereits vor acht Wochen erfolgten Eingabe um Lohnaufbesserung. Besonders werden die Forderungen bei dieser Firma damit begründet, daß in großen Quanten geringes und unausgelesenes Material zur Verarbeitung gegeben wird, welcher Uebelstand hindert, den gleichen Lohn wie in anderen Fabriken derselben Branche zu erreichen. — In der Steinnußbranche hat sich die Arbeiterschaft zur Annahme der gebotenen Zugeständnisse, welche außer sonstigen Verbesserungen ungefähr 7 Prozent Lohnerhöhung im Durchschnitt bringen, unter der Voraussetzung bereit erklärte, daß die von Zulagen ausgeschaltet gebliebenen Spezialbranchen noch ihre Berücksichtigung finden. Die bisher gepflogenen Verhandlungen haben aber für diese Arbeiterkategorien wenig oder gar nichts Ersprießliches gebracht und sind daher noch nicht alle Differenzen beseitigt. Vor Zuzug wird dringend gewarnt.

Ausland.

In England befinden sich die dem Möbelarbeiter-Verband angeschlossenen Spiegel- und Facettglasarbeiter aller Branchen gegenwärtig im Streik, um kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Da die Unternehmer schon Arbeit nach Brüssel geschickt haben und versuchen dort Arbeitswillige anzuwerben, bittet unsere englische Bruderorganisation, den Zuzug streng fernzuhalten und eventuell zu verhindern, daß Streikarbeit angefertigt wird.

In Agram in Kroatien ist jetzt der Streik der Tischler nach 14wöchiger Dauer durch Abschluß eines vierjährigen Vertrages beigelegt worden. Von den 450 streikenden und ausgesperrten Arbeitern sind nur sechs abtrünnig geworden, aber zugereiste Streikbrecher gab es reichlich. Allein die große Möbelfabrik hatte deren fast 100. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von je zwei Heller sofort und 1916. Die Bautischler erhalten für Arbeiten nach Wiener Muster nach dem Wiener Tarif bezahlt. Die Einstellung der Arbeiter geht aber nur langsam vor sich, so daß jetzt noch etwa 150 Familienväter am Orte arbeitslos liegen. Es wird deshalb um weitere Fernhaltung des Zuzuges gebeten.

In Abo in Finnland sind in Aostroems Pinselfabrik Differenzen ausgebrochen und bitten die dortigen Kollegen, Arbeitsangebote für diesen Betrieb abzulehnen.

Aus der Holzindustrie.

Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Folgen.

Von einem Berliner Kollegen wird uns geschrieben:

Unter vorstehender Ueberschrift wird in der Nummer 30 der „Fachzeitung" der Versuch unternommen, die zurzeit in der Holzindustrie Berlins herrschende Arbeitslosigkeit zu erklären. In biedermännischen Tone werden Ratschläge an unsere Adresse gerichtet, wie der schrecklichen Not der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter zu steuern ist.

„Tatsache ist," so schreibt die „Fachzeitung", „wie durch die Ziffern über die gemeldeten Arbeiter bei den Krankenkassen bewiesen wird, daß wir jetzt auf einem Niveau angelangt sind, welches wohl tiefer kaum noch sinken kann, wenn nicht unser Gewerbe nachhaltigen wirtschaftlichen Schaden davon haben soll. — Waren doch vom 1. Juli dieses Jahres bei der Innungskasse zu Berlin nur 17 013 verpflichtete männliche, d. h. in Arbeit stehende Mitglieder gemeldet, während in den Jahren 1910, 1911 und 1912 sich die Mitgliederzahl zwischen 20 000 bis 21 000 bewegte und am 1. November 1912 den Höchststand mit 21 804 männlichen Mitgliedern verzeichnete. Es stehen demnach in Berlin und den der Innung angeschlossenen Vororten mindestens 5500 Arbeitsplätze leer, wenn man noch die Betriebe berücksichtigt, die als Fabrikbetrieb zur Ortskrankenkasse der Tischler ihre Arbeiter melden. Dies sind, in Prozenten ausgedrückt, 25 Prozent oder der vierte Teil leerstehender Arbeitsplätze."

Unsern Lesern bringt diese Feststellung nichts neues; wer aber nun erwartet, daß die grenzenlose Not der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter bei dem Unternehmerorgan auch nur das geringste Verständnis finde, und seine Versuche zur Erklärung des Notstandes irgendein brauchbares Ergebnis zutage fördern, der irrt sich.

Auch wir wissen, daß bei wirtschaftlichen Krisen nicht nur die Arbeiter die Leidtragenden sind. Es stimmt, und auch die „Fachzeitung" sieht es ein: „Hat der Arbeiter Geld,

dann hat's die ganze Welt." Ihrer Ansicht nach sind vor allem die hohen Löhne, die in Berlin gezahlt werden, an der herrschenden Misere schuld. Die Ansprüche der Berliner Tischlergesellen seien ins Maßlose gewachsen, „denn Wochenverdienste von 45 und 55 Mk. sind an der Tagesordnung, ja bis 70 Mk. steigern sich diese Verdienste". Würde die Leitung des Holzarbeiter-Verbandes, und namentlich die Leitung der Zahlstelle Berlin ein Einsehen haben, dann hätte die Not ein Ende. Die Arbeit käme wieder nach Berlin, glorreiche Zeiten brächen an, der Arbeiter hat es nicht mehr nötig, auszuwandern, um anderswo Verhältnisse anzutreffen, die ja nur auf Berlin zu übertragen werden brauchten, und beiden Teilen, Meistern und Gesellen, ist geholfen.

Die Unternehmer wollen sich die Not der Arbeitslosen zunutze machen und die Löhne drücken und die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Aber das geschieht die ganze Zeit schon. Aus jedem Betriebe der Tischlerei, und wohl am meisten gerade in der von der „Fachzeitung" besonders erwähnten Branche für Herren- und Speisezimmer sind Beweise hierfür zu erbringen. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß unsere Berliner Unternehmer es verstanden haben, die im Frühjahre bewilligten 3 Prozent oder 2 Pf. für die Hälfte der Berliner Tischlergesellen, wieder illusorisch zu machen und noch mehr zu nehmen.

Uns nimmt das nicht wunder, aber es ist ein starkes Stück, daß im Organ unseres Vertragspartners recht deutlich zum Vertragsbruch, zur Nichtachtung der vertraglichen Bestimmungen aufgefordert wird. Der Artikel der „Fachzeitung" ist eine grausame Verhöhnung der Arbeitslosen, die sich unter der scheinheiligen Maske des guten biederen Beraters verbirgt.

Der Vertrag mit seinen die Interessen der Arbeiter schützenden Bestimmungen, ist den Herren im Wege. „Fort mit der Lohngarantie welche die Festsetzung des Akkordpreises ganz in das Belieben des Arbeiters stellt, fort mit dem obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweis, der es verhindert, daß zügellos darauf los gewirtschaftet werden kann mit der Ware Arbeitskraft, fort mit allem was der Willkür des Unternehmers engegensteht, denn das sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit, der Not im Gewerbe.

Kollegen Berlins, rüstet zur Abwehr, vergeßt den Hader und steht zusammen. Was bis jetzt schon an Verschlechterungen uns zugemutet wurde, genügt noch nicht. Die „Fachzeitung" schreibt: „Weil unsere Kollegen (die Unternehmer) in bezug auf diese Punkte früher oft Fehler gemacht haben, muß jetzt energisch darauf gedrungen werden, daß die vertraglichen Bestimmungen auch jetzt von unseren Kollegen strikte innegehalten werden, und namentlich bei neuen Mustern, die sich nur irgendwie mit älteren vergleichen lassen, kein Lohn oder Durchschnittsverdienst garantiert wird, da solche Arbeiten keine außertariflichen sind und nur bei solchen nach dem Vertrage der Lohn garantiert zu werden braucht."

Der Streit um die Lohngarantie, und das gerade bei Arbeiten, die sich sonst nur irgendwie mit älteren Arbeiten vergleichen lassen, ist schon alt; 1904, 1907, 1910 und bei dem letzten Vertragsabschluß, nie waren die Unternehmer im Unklaren, um was sich es für uns handelte. Nach den eigenen Angaben der „Fachzeitung" hat ja die beständige Veränderung der Muster — von einer eigentlichen Spezialarbeit im früheren Sinne kann ja heute, und das besonders wieder in der Herren- und Speisezimmerbranche, nur in ganz geringem Umfange gesprochen werden — nicht nur den Zweck dem Publikum etwas neues zu bieten, um die Kauflust zu reizen, sondern hauptsächlich ist das Bestreben dabei maßgebend, billiger zu produzieren. Und wenn das abgeänderte Muster ruhig mehr Arbeit machte als das ursprüngliche Stück Arbeit, stets hörte man sagen: „Das muß aber billiger werden." Und tauchte ein ganz neues Muster auf in der Salon-, Schlaf-, Herren- und Speisezimmerbranche, dann hatten oft genug unsere Kollegen Gelegenheit, die kühne Phantasie ihres Unternehmers zu bewundern, der dann Arbeiten zum Vergleich heranzog, die dem neuen Stück nicht im geringsten ähnelten, aber gut genug dazu waren, den Akkordpreis zugunsten des Unternehmers zu gestalten. — Hinterher kam das bekannte Ausschmieren. So lag es im Gewerbe, und unsere Kollegen wußten, warum sie kämpften, bis die Lohngarantie errungen war. Daß die Verpflichtung, dem Arbeiter seinen verdienten Lohn zu zahlen, den Unternehmern schwer fiel, daß sie jegliche Garantie dem Arbeiter gegenüber verabscheuen, und daß die im Vertrage geschaffenen Bestimmungen betreffs Akkordarbeit ihren Herrenstandpunkt tief verletzen, ist uns kein Geheimnis, daß man aber jetzt herkommt, sich auf seine Vertragstreue beruft und der ganzen Vergangenheit zum Trotz den vertraglichen Bestimmungen eine Auslegung zu geben sucht, die alles auf den Kopf stellt, das ist doch unerhört. Doch nicht genug damit. Wehe den Arbeitern, die wirklich im Sinne des Vertrages handeln, auf ihrem Recht bestehen, ihren Lohn fordern, „sie sollen die Kehrseite der Medaille kennen lernen, denn der außer Stellung gekommene Arbeiter kann dann auf dem so gut ausgebauten paritätischen Arbeitsnachweis oft genug zehn bis zwölf Wochen darüber nachdenken, daß auch für ihn die Bäume nicht in den Himmel wachsen".

Kollegen Berlins, laßt euch durch diese offizielle Aufforderung, die auf ihrem Recht bestehenden Arbeiter zu maßregeln, nicht einschüchtern! Klipp und klar heißt es im Berliner Vertrag: „Bei außertariflichen Arbeiten ist der vereinbarte Stundenlohn garantiert." Alle Arbeiten, die nicht im Werkstattakkordtarif verzeichnet sind, gelten als außertarifliche. Wohl sind wir nach dem Vertrage verpflichtet, durch Vergleich mit bereits bestehenden Akkorden mit dem Unternehmer einen Preis zu vereinbaren, aber diese Vereinbarung hebt die voraufgehende Bestimmung nur dann auf, wenn es dem Arbeiter möglich war, mit dem vereinbarten Preise auszukommen.

Seid stark in dieser schweren Zeit, haltet fest an dem was in jahrelangen harten Kämpfen errungen worden ist, um der skrupellosen Ausbeutung der Arbeitskraft Schranken zu setzen. Ihr kennt nun das Vorhaben der Arbeitgeber, die in dem Wahne leben, daß nach Fortfall dieser Schranken mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen würde.

Es ist nicht das erste Mal, daß unsere Berliner Kollegen harte Zeiten durchmachen mußten. Der Geist der Solidarität hielt immer wieder, von Vertragsabschluß zu Vertragsabschluß, die Forderung aufrecht: Um bei Arbeitsmangel Entlassungen vorzubeugen, ist vorübergehend, bis zur Behebung der ungünstigen Verhältnisse, verkürzt zu arbeiten. Sie haben dadurch bekundet, daß sie zu großen Opfern bereit sind, zu viel größeren als die Unternehmer zu tragen hätten, wären diese ehrlich gewillt, die grausame Not, in der Tausende unserer Kollegen dahinleben, in etwas zu lindern. 5500 Arbeitsplätze stehen in Berlin leer, 5500 Arbeiter hungern! Anstatt zu helfen, will das Unternehmertum diesen Umstand benutzen, um systematisch die Lohn- und Arbeitsbedingungen am Orte zu verschlechtern! Wieder geht darum der Mahnruf an die Kollegen allerorts: **meidet Berlin**, denn hier harren Eurer nur Enttäuschungen, Not und Entbehrung und keine hohen Verdienste.

Unsere klagenden Hände auf der Baufach-Ausstellung haben es der „Arbeitgeber-Zeitung" angetan. Sie rempelt denn zunächst, wie andere Unternehmerblätter vor ihr das schon pflichtschuldigst getan haben, die Ausstellungsleitung an, daß sie doch wohl andere Ziele zu verfolgen habe, als die „Förderung der Umsturzbewegung". Da sich aber auch die „Arbeitgeber-Zeitung" von ihren Anrempelungen keinen Erfolg verspricht, fährt sie schwereres Geschütz auf, indem sie einen ihr „aus Fachkreisen" zugegangenen Artikel abdruckt. Darin werden zunächst einige Krokodilstränen über das Schicksal der von jenen Verstümmelungen Betroffenen vergossen, um dann sofort mit dem schmutzigen Verdacht zu kommen, daß wohl ein großer Teil der Verletzungen die Folge grober Fahrlässigkeit der Arbeiter seien, weil nämlich nicht bei jeder Abbildung der Name des Verunglückten angegeben ist.

Das klingt so recht nach der Art des „Haltet den Dieb", das der verfolgte Spitzbube ausruft. Man schämt sich doch etwas vor der Oeffentlichkeit, daß unsere Industrie solche Unfälle zeitigt und möchte nun die Aufmerksamkeit davon ablenken, daß man sagt, es sei nicht wahr. Freilich besitzt unser Verband die gewünschten Personalangaben, wenn er sie nicht der breiten Oeffentlichkeit preisgab, so aus Zartgefühl mit den armen Verletzten, deren Unglück ohnedies schon groß genug ist. Wollte der Verband aber den Photographien diese Namen beifügen, so müßte er aber auch die leichtsinnigen Betriebsinhaber nennen, die es an den notwendigen Schutzvorrichtungen fehlen ließen, ohne sich die Größe der Gefahr zu vergegenwärtigen, und auch jene, die in fast verbrecherisch zu nennender Habgier, die Arbeiter durch niedrigste Akkordlöhne und die Hungerpeitsche zwingen, ihre Knochen auch an ungeschützten Maschinen zu riskieren. Dann aber müßte in jedem einzelnen Falle auch das traurige Kapitel der endlosen Rentenquetscherei hinzugefügt werden, wo der so schwer Verletzte immer und immer wieder mit Herabsetzung der Rente und der berühmten „Gewöhnung an die Unfallfolgen" belästigt wird. Das gäbe kein Ruhmesblatt für die „Arbeitgeber-Zeitung" und ihre Hintermänner!

Das „Odium der Gehässigkeit", das angeblich die klagenden Hände bringen, liegt nicht in der Darstellung, sondern in der Tatsache jener grausigen Verstümmelungen, die zu vermeiden unsere Ausstellung beitragen soll.

Ueber die Arbeitsverhältnisse in Peru schreibt uns ein dortiger Kollege, daß dort für Holzarbeiter dasselbe zutrifft, was wir in unserer „Warnung vor Auswanderung nach Brasilien" in Nr. 12 gesagt haben. Als Arbeitsorte für deutsche Tischler kommen danach in Peru nur die Hafenstadt Callas und die Hauptstadt Lima in Frage. In den andern Orten hat die Bevölkerung eben überhaupt keine Bedürfnisse, die einen Tischler ernähren könnten. Es sind nämlich meist Indianer. Ein guter Möbeltischler kann in den beiden genannten Städten **im besten Falle** täglich 5 Soles = 10 Mk. verdienen. An den Dingen, die der Europäer zum Leben braucht, bekommt man aber für 1 Sol weit weniger als in Deutschland für 1 Mk., weil fast alles — auch das Holz — importiert wird. Der peruanische Tischler ist mit 2 Soles pro Tag gern zufrieden, da er auch keine Bedürfnisse kennt. So besteht sein Mittagsmahl etwa aus einer Tasse sogenanntem „Tee", zwei Bananen und vier kleinen Brötchen, was zusammen 10 Centavos = 20 Pf. kostet. Da es in diesen beiden Städten nie regnet, begnügt sich der Einheimische mit einer Wohnung, die nur den allerprimitivsten Anforderungen genügt. Der Europäer, der nach Peru kommt, kann natürlich bei dieser Lebensweise nicht bestehen. Er steht sich deshalb auch bei etwas höherem Verdienste ungünstiger als in der Heimat.

Gewerkschaftliches.

Hie Essener, hie Berliner Gelbe.

An Leute, die ihre Gesinnung, ihre Freiheit und ihre Menschenrechte um dreißig Silberlinge verkaufen, kann man nicht allzuhohe Forderungen an Ueberzeugungstreue stellen. Wer sich selbst dazu hergibt, den Keil in die Reihen seiner Arbeitsbrüder zu treiben, der weiß auch nicht viel von dem Werte der Einigkeit. Es darf darum auch nicht wundernehmen, wenn die bunt zusammengewürfelten Elemente der Gelben sich schon nach wenigen Jahren in den Haaren liegen. Tatsächlich hat denn auch die vor einigen Wochen in Augsburg abgehaltene sogenannte Vertreterversammlung des **Bundes deutscher Werkvereine** solche Gegensätze genügend offenbart. Und was die knappen offiziellen Berichte nicht sagen, das kommt so nachträglich zum Vorschein. Und als anderes tritt dabei mehr denn sonst zutage, daß diese Werkvereine lediglich Werkzeuge der Unternehmer sind. Den Geschäftsbericht erstattete der Schriftführer des Bundes, Herr Rupp-Völklingen, der nicht etwa Arbeiter, sondern Hüttenbeamter und Privatsekretär des Kruppschen Direktors Röchling ist. Angeblich zählt der Bund jetzt 207 Vereine mit 111 000 Mitgliedern, von denen 77 000 in der Metallindustrie, 20 000 im Bergbau, 6000 in der chemischen und je 3000 in der Textil- und der Gummiindustrie beschäftigt sind.

Der Kassenbericht, den der Vorsitzende Heß des Kruppschen Vereins erstatten sollte, konnte nicht gegeben werden, weil Herr Heß sein Manuskript angeblich auf der Bahn hatte liegen lassen (!). Die Delegierten schüttelten deshalb begreiflicherweise die Köpfe und — begnügten sich mit dieser billigen Ausrede. Man weiß nun nicht, ob die Kasse so schlecht steht oder man die starken Zuwendungen der Unternehmer den Delegierten nicht anvertraut.

Die Gegensätze zwischen den Essenern und den Berlinern kamen bei der Beratung der Anträge zum Ausdruck. Die Berliner wollten den Schein geweckt wissen, daß sie nicht ganz im Unternehmerdienst stünden. Sie forderten deshalb, daß der Bund nur solche Werkvereine aufnehme, die auch **auf das Streikrecht** ganz verzichteten. Ein Berliner Delegierter stellte sogar die törichte Frage, was man denn tun solle, wenn ein Unternehmer die **berechtigten** Forderungen ablehnt. Damit kamen aber er und seine Freunde schön an. Die Essener und auch die Augsburger befürchteten wohl mit Recht, daß sowohl Krupp wie Goldschmidt und Klett ihnen den Brotkorb sofort höher hängen würden, wenn sie dies bewilligten, was die Berliner glaubten, für ihre Agitation brauchen zu müssen. Daß es diesen mit der Benutzung des Streikrechts nicht ernst ist, geben sie selbst zu. Ein anderer Antrag der Berliner forderte, daß Werkvereine bei politischen Wahlen ihre Mitglieder nicht zugunsten der Sozialdemokratie festlegen dürfen, daß aber zum andern wegen der Betätigung bei solchen Wahlen keinem Werkvereinsmitglied ein Nachteil in bezug auf seine Vereinsrechte erwachsen dürfe. Mit dieser Bestimmung hoffte man wohl den einen oder anderen Arbeiter zu ködern. Aber die Essener trampelten diesen wie den anderen Antrag nieder, was die Berliner veranlaßte, das Lokal zu verlassen.

Dieser Bruch, der in den offiziellen Berichten nicht zum Ausdruck kam, hat denn inzwischen bereits Folgen gezeitigt. Der Vorsitzende des Unterstützungsvereins der (Berliner) Siemens-Werke, Schönknecht, hat in Augsburg die Wiederwahl in den Bundesvorstand abgelehnt und jetzt teilt der gelbe Lebiussche „Bund" mit, daß der Siemens-Verein seinen sofortigen Austritt aus dem „Bund deutscher Werkvereine" und die Gründung einer neuen Organisation Berliner Richtung beschlossen habe.

Damit ist also die Spaltung vollzogen. Der „Bund" begründet das damit, daß seine Freunde den größten Wert „auf ihren Charakter als reine Arbeiterbewegung" legen. Wir aber glauben, daß hier dessen augenblicklicher Antipode, die gelbe Augsburger „Wehr", mehr das Richtige trifft, wenn sie meint, daß diese Differenzen „weniger prinzipieller als taktischer Natur" sind. Hier klingt so verwandt, was ein Bericht über die Stellungnahme der Augsburger Tagung zu der Frage der Volksversicherung sagte, daß „der Bund sich voraussichtlich derjenigen nationalen Versicherung anschließen würde, die **die besten Bedingungen** stellt". Ob dies für die Bundesleitung oder die Versicherten gemeint ist, geht nicht daraus hervor.

Für die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft kann es nun allerdings gleichgültig sein, ob die gelben Vereine sich offen oder nur versteckt in den Dienst des Unternehmertums stellen, sie weiß, daß solche Unternehmerschützlinge nie die Arbeiterinteressen ernsthaft vertreten können.

Der Schiffszimmerer-Verband schreibt jetzt eine Urabstimmung über den **Anschluß an unseren Verband** aus, die bis spätestens 1. September erledigt sein soll. Bekanntlich hatte es der Verbandstag der Schiffszimmerer im Mai dieses Jahres abgelehnt, einen Uebertritt dergestalt vorzunehmen, daß die Mitglieder nach ihrer vorwiegenden Beschäftigung in Holz oder in Eisen in die zuständigen Industrieverbände getrennt übertreten. Nun hat am 6. Juli eine Konferenz von Vertretern der Verbände der Schiffszimmerer, Metallarbeiter und Holzarbeiter und der Generalkommission eine Vereinbarung dahin getroffen, daß für einen geschlossenen Uebertritt des Schiffszimmerer-Verbandes nur der Holzarbeiter-Verband in Frage komme, weil die Mehrzahl seiner Mitglieder in Holz arbeitet. Eine nachträgliche Abschiebung einzelner an den Metallarbeiter-Verband soll es nicht geben, dagegen soll über die Neuaufnahmen eine Verständigung gesucht werden, die die Beschäftigungsart berücksichtigt. Für die Verschmelzung selbst hat der Verbandstag eine Zweidrittelmehrheit der Urabstimmenden zur Voraussetzung gemacht.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Nicht der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber ist der wirtschaftlich Schwächere!

Herr Paul **Leonhardt**, der Chef der Firma „Eppendorfer Spielwarenmanufaktur vorm. P. Leonhard G. m. b. H. in **Eppendorf**", ist ein grimmiger Feind der Arbeiterorganisation. Damit das jedermann erfährt, hat er am 12. Januar d. J. in seinem Betrieb eine Bekanntmachung folgenden Inhalts angeschlagen:

Wer nachstehende Erklärung, d. h. eine davon nicht unterschreibt, erhält Sonnabend, den 18. Januar, gekündigt.

I.

Ich erkläre hierdurch unterschriftlich, daß ich dem **Holzarbeiter-Verband nicht angehöre**, und bin einverstanden, daß ich bei Eintritt kündigungslos entlassen werden kann.

Oder:

II.

Ich erkläre hierdurch unterschriftlich, daß ich mich verpflichte, meine **Abmeldung aus dem Holzarbeiter-Verbande** bis 18. Januar früh vorzunehmen, und bin einverstanden, daß ich kündigungslos entlassen werden kann, wenn ich wieder beitrete.

Ein Kollege, der am 13. Januar bei der Firma Leonhardt in Arbeit trat, hat die erste dieser Erklärungen unterschrieben, obwohl er Mitglied unseres Verbandes war und ihm die Treue halten wollte. Er befand sich in einer Notlage und war überzeugt, daß der unmoralische Revers der Firma keine rechtliche Gültigkeit habe. Als seine Mitgliedschaft bekannt wurde, erfolgte am 20. Januar die kündigungslose Entlassung des Kollegen. Dieser klagte nun

mehr seine Lohnansprüche beim zuständigen Amtsgericht Augustusburg ein. Er erklärte, die Unterzeichnung des Reverses, der gegen die guten Sitten verstoße, sei nichtig, deshalb hätte ihm frühestens am nächsten Lohntage, dem nach der Arbeitsordnung allein zulässigen Kündigungstermin auf zwei Wochen gekündigt werden dürfen. Er verlangt nun den Lohn für drei Wochen, in welchen er nicht gearbeitet hat.

Das Amtsgericht sprach dem Kläger den Lohn für eine Woche zu, und zwar für die Woche vom 20. bis 26. Januar. Das Gericht erklärte, daß der Revers, der sich als ein Nachtrag zur Arbeitsordnung charakterisiere, erst zwei Wochen nach seiner Bekanntgabe in Kraft trete; der Unternehmer wäre also erst vom 27. Januar ab berechtigt gewesen, organisierte Arbeiter ohne Kündigung zu entlassen. Der Anspruch auf Entschädigung für die folgenden zwei Wochen wurde vom Gericht zurückgewiesen.

Sehr eigenartige Ansichten gab das Gericht in der Begründung des Urteils über den Begriff der „guten Sitten" zum besten. Es heißt dort:

„Den guten Sitten würde es, wie dem Kläger zuzugeben ist, widerstreiten, wenn die Beklagte durch Ausnutzung einer wirtschaftlichen Macht und Ueberlegenheit den Kläger und die übrigen Arbeiter zu der Vereinbarung gezwungen hätte. Eine derartige wirtschaftliche Ueberlegenheit besitzt aber im heutigen Wirtschaftsleben der Arbeitgeber über den Arbeiter nicht, am allerwenigsten über den organisierten Arbeiter. Gerade diejenigen, welche einem Arbeiterverbande angehören, werden von diesem so gestärkt und unterstützt, und der Verband übt meist einen solchen Einfluß auf die Unternehmer aus, daß nicht der Arbeiter, sondern vielmehr der Arbeitgeber der wirtschaftlich Schwächere ist."

Das Gericht sieht deshalb in dem Koalitionsverbot, die es als eine „vereinzelte Maßnahme" betrachtet, „keine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, sondern es ist vielmehr ein durchaus berechtigtes Mittel des Arbeitgebers im wirtschaftlichen Daseinskampfe."

Die beklagte Firma hatte außerdem gegen den Kläger eingewendet, daß er sich durch die Verschweigung der Zugehörigkeit zum Holzarbeiter-Verband eines Betruges im Sinne des § 123 der Gewerbeordnung, der auch in die Arbeitsordnung aufgenommen ist, schuldig gemacht habe. Der Begriff des Betruges sei nämlich nicht im strafrechtlichen Sinne aufzufassen. Diese Ansicht hat jedoch das Amtsgericht zurückgewiesen und ausgesprochen, daß eine kündigungslose Entlassung wegen Betruges nur zulässig ist, wenn ein Vergehen gegen § 263 des Strafgesetzbuches vorliegt. Die Verschweigung der Zugehörigkeit zum Verbande sei aber kein Betrug.

Gegen das Urteil wurde von beiden Parteien Berufung eingelegt, die vor der Zivilkammer des Landgerichts Chemnitz verhandelt wurde. In dem vorliegenden Urteil prüft das Landgericht den Streitfall ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Betruges. Es führt aus, daß der Arbeiter ausdrücklich darauf hingewiesen worden sei, daß nur unorganisierte Arbeiter eingestellt würden, und daß er die Frage, ob er dem Holzarbeiter-Verband angehöre, wahrheitswidrig verneint habe. Das Urteil fährt dann fort:

„Danach liegt in zweifelsfreier Weise der Tatbestand des Betruges im Sinne von § 123 BGB. vor. Die Beklagte würde den Kläger nicht als Arbeiter angenommen haben, wenn sie gewußt hätte, daß er Verbandsmitglied sei, hat dies auch deutlich zu erkennen gegeben, und ist vom Kläger, der dies also auch erkannt hat, durch sein nach der gegebenen Sachlage bewußt wahrheitswidrige gegenteilige Angabe, die eine Täuschung bezweckte und dadurch den Vertragsabschluß ermöglichen sollte, auf den der Kläger bewußt keinerlei Anspruch hatte, in der Tat auch getäuscht und nur dadurch zur Eingehung des Dienstvertrages veranlaßt worden."

Das Landgericht bringt also zum Ausdruck, daß der Arbeiter den Unternehmer getäuscht hat. Das berechtigt diesen, den abgeschlossenen Arbeitsvertrag anzufechten.

„Infolge der Anfechtung ist der zwischen den Parteien abgeschlossene Arbeitsvertrag als von Anfang an nichtig anzusehen. § 142 BGB. Der Kläger kann also auf Grund desselben überhaupt keinen Lohn fordern."

Tatsächlich hat der Arbeiter seinen Lohn bis zur Entlassung erhalten, dadurch ist das Gericht der Pflicht überhoben zu prüfen, ob er, wenn nicht schon auf Grund des Vertrages, so doch auf Grund der tatsächlich erfolgten Dienstleistung Lohn fordern konnte. Jedenfalls kann er vom Zeitpunkt der Entlassung ab nichts mehr fordern, deshalb ist sein Klageanspruch in vollem Umfang abgewiesen.

Auf die famose Deduktion des Amtsgerichts, wonach nicht der Arbeiter, sondern vielmehr der Arbeitgeber der wirtschaftlich Schwächere ist, geht das Urteil des Landgerichts nicht ein, aber tatsächlich stellt es sich auf den gleichen Standpunkt. Demnach widerspricht ein gegen die Arbeiter gerichtetes Koalitionsverbot nicht den guten Sitten. Entscheidet sich aber der Arbeiter in dem Gewissenskonflikt, in den er gerät, wenn er zwischen der Treue zu seiner Organisation und der Arbeitslosigkeit mit all ihrem Elend für sich und seine Familie wählen muß, dazu, seine Organisationszugehörigkeit zu verschweigen, dann kommen unsere gelehrten Richter und schützen den unmoralischen Unternehmer. Die Notlüge des Arbeiters wird dann Betrug, der Arbeitsvertrag ist nichtig, der Arbeiter hat aus ihm keinen Anspruch auf Lohn, und er muß, wenn er kündigungslos entlassen wird, noch froh sein, daß er bis zum Entlassungstage Lohn erhalten hat.

Die Wege der deutschen Justiz sind mitunter recht wunderbar, aber mit der Gerechtigkeit haben sie nicht immer etwas gemein.

Eingesandt.

Zur Gummidrechsler-Konferenz.

Vor der Abhaltung einer Konferenz wird im allgemeinen eine Diskussion in der Zeitung erwartet und gewünscht, um die Meinungen der Kollegen in den verschiedenen Orten kennen zu lernen. Bis jetzt haben sich nur einige Orte an der Diskussion beteiligt. Das mag an den eigenartigen Verhältnissen in unserer Branche und an der verschiedenen Verbandszugehörigkeit liegen. Jedenfalls muß aber doch erwartet werden, daß die Aussprache eine rein sachliche ist. Anders scheinen die in Betracht kommenden Hamburger Kollegen zu denken, denn die zwei von ihnen veröffentlichten Berichte sind weiter nichts als eine Anrempelung der Zentralkommission der Hartgummidrechsler. Schon in Nr. 15 der „Holzarbeiter-Zeitung" wurde der Zentralkommission vorgeworfen, daß sie in einen Winterschlaf verfallen sei und nichts für die Branche tue. Als mildernder Umstand wurde ihr in herablassendem Tone zugebilligt, daß die Kommission keinen Vorwurf verdiene, da sie leider durch ihre Zusammensetzung nicht in der Lage sei, etwas besseres zu leisten. Auch in der Nr. 30 ist wieder ein Artikel erschienen, der in ähnlicher Weise der Zentralkommission eins auszuwischen sucht. Es heißt darin, sie hat sich ja jetzt bemüht, eine Resolution zu versenden usw.; doch noch immer hüllen sich die Kollegen in Schweigen. Weiter heiß es, die Resolution fand keine Gegenliebe, denn soll endlich die Konferenz stattfinden, so kann es sich doch nur um eine Konferenz für das gesamte Gummigewerbe und nicht um eine solche für die chirurgische Branche handeln. Weiter findet man auch hier wieder die Bemerkung, daß der Zentralkommission kein Vorwurf gemacht werden soll, da sie infolge ihrer Zusammensetzung zu keinem anderen Resultat gelangen könne. Weiter heißt es dann: „Und gerade die Zentralkommission scheint die Zersplitterung noch fördern zu wollen, da sie in ihrer Resolution vorschlägt, die neu zu wählende Zentralkommission je zur Hälfte aus Mitgliedern des Holz- und Metallarbeiter-Verbandes bestehen zu lassen." — Würde der Artikelschreiber von Hamburg, Kollege Lubetz respektive sein Freund Krix der Sache fernstehen, so wären ihre Ansichten diskutierbar; wie die Angelegenheit aber liegt, muß ich die Veröffentlichung als eine ganz einseitige bezeichnen, die nur den Zweck hat, die Zentralkommission zu verkleinern. Kollege Lubetz war bis im Frühjahr 1912 als Mitglied der Zentralkommission in Kassel, kurze Zeit sogar Vorsitzender derselben. Er kennt also die Verhältnisse sehr genau, und was er für praktische Erfolge erzielt hat, das weiß nur er allein. Er muß wissen, wieviel Mühe es der jetzigen Zentralkommission gekostet hat, bis wir der Frage der Konferenz nähertreten konnten. Durch die gegenseitige Korrespondenz der verschiedenen Orte mit der Zentralkommission ist wohl jedem Kollegen klar geworden, daß die Zentralkommission niemals daran gedacht hat, eine Konferenz nur für die chirurgische Branche in Betracht zu ziehen, sondern stets bestrebt gewesen ist, soweit es die Verhältnisse gestatten, auch die technische und Füllfederbranche heranzuziehen. Seinen Ausführungen setzt Kollege Lubetz die Krone auf durch die Bemerkung, daß die Zentralkommission bemüht sei, die Zersplitterung unter den Kollegen zu fördern. Die Frage betreffend der Verbandszugehörigkeit, ist von der Kommission sehr ausgiebig besprochen worden; wenn wir damit, wie mit verschiedenen anderen Punkten, nicht an die Oeffentlichkeit traten, so hat das seinen triftigen Grund, den wir aber hier unmöglich behandeln können, den aber auch die Kollegen Krix und Lubetz durch die Zentralkommission erfahren haben. Die Zusammensetzung der neu zu wählenden Zentralkommission haben wir den Kollegen erst dann vorgeschlagen, nachdem wir uns mit maßgebenden Kreisen hierüber verständigt hatten. Es ist erfreulich zu hören, daß die Kollegen von Harburg ein solches Verbandsinteresse zeigen, vor nicht allzu langer Zeit schrieb uns Kollege Krix als Obmann der Hamburger Hartgummidrechsler direkt das Gegenteil. Es heißt dann weiter in dem letzten Artikel: „Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Zentralkommission ersucht wird, Schritte in die Wege zu leiten, die ein einheitliches, besseres Arbeiten in der gesamten Gummibranche ermöglichen." Erst wird also die Zentralkommission als vollständig unfähig hingestellt, und dann soll sie im Handumdrehen die Branchenangelegenheit regeln. Nach dem hier Ausgeführten ist es wohl auch kein Wunder, wenn die Kollegen von Hamburg-Harburg die Resolution der Zentralkommission ablehnten. Sollte eine Konferenz zustandekommen, wird auch hierüber Klarheit geschaffen werden. Jedenfalls wird es sich die Zentralkommission bis dahin nicht verdrießen lassen, ihre Schuldigkeit zu tun.

Heinrich Löber, Kassel, Frankfurter Straße 133.

An die Stockarbeiter!

Die Stockfabrik A. Ludwig u. Co., Berlin, sucht in der Zeitung Kreisraspler. Demgegenüber weisen wir auf unser letztes Zirkular hin, worin wir mitteilten, daß etwa zehn Prozent der Berliner arbeitslos wären und die Mehrheit der noch Arbeitenden verkürzt arbeitet resp. aussetzt. Den Kollegen sei nochmals geraten, auf Grund der traurigen Berliner Konjunkturverhältnisse diesen Ort vorläufig zu meiden. Zahlreichen Anfragen diene zur Mitteilung, daß der Firma genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, und daß die Vermittlung nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis erfolgt, ganz gleich, ob auf Verschreibung von außerhalb oder von Berlin. Kollegen, die jetzt nach Berlin kommen, haben mindestens mit einer Wartezeit von acht bis zehn Wochen zu rechnen. Der genannte Arbeitgeber lehnt es ab, unseren Zentralarbeitsnachweis zu benützen. In allen Fällen wende man sich jedoch an den Unterzeichneten um Auskunft.

Zentralkommission der Stock- und Kamminduſtrie.

Kurt Schmidt, Berlin O. 27,
An der Michaelkirchbrücke 1, IV.

Zur Stuhlarbeiterkonferenz.

Die Kollegen in Münder a. D. stimmen der Abhaltung einer zweiten Konferenz der Stuhlarbeiter mit Freuden zu, zumal auch hier sich die Verhältnisse seit 1906 nicht wesentlich gebessert haben. Unser Hauptaugenmerk wird wohl auf Agitation zu richten sein, ob die Anregungen von 1906 von Nutzen waren und wie in den einzelnen Stuhlindustriezweigen für die Organisation gearbeitet worden ist. Zweckmäßig ist, in den Betrieben, wo wir Einfluß haben, die Kalkulationstabellen zur Anerkennung zu bringen.

Chr. Seyb, Münder a. Deister.

Briefkasten.

Raummangelshalber mußte eine Korrespondenz aus Braunschweig zurückbleiben.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

Einnahmen im Juli.

Ueberschüsse sandten ein: Freiburg i. B. 800, Bayreuth 700, Chemnitz 600, Harburg, Kl.-Zschocher je 500, Bielefeld, Göppingen, Mannheim, Rothenburg, Singen, Würzburg I je 400, Augsburg, Bitterfeld, Brandenburg, Dessau, Freiberg, Griesheim, Harleshausen, Heidelberg, Heilbronn, Hermülheim, Johannisberg, Kirchheim, Kl.-Auheim, Kronach, Plauen i. V., Randersacker, Rathenow, Salmünster, Schaala, Urach, Würzburg II je 300, Elberfeld, Liegnitz je 350, Löbtau 260, Bruchsal, Brühl, Friedrichsfelde, Heiligenzell, Lützschena, Tauberbischofsheim, Winkel je 250, Elmshorn 225, Arnstadt 220, Adlershof, Aschaffenburg, Bamberg, Bendorf, Bretzenheim, Crefeld, Döbritz, Dortmund I, Durlach, Emmendingen, Emmerich, Eutritzsch, Fellbach, Feuerbach, Frankenthal, Gerolsberg, Gießen, Gohlis, Gonsenheim, Grötzingen, Hamburg II, Hamburg IV, Heidingsfeld, Hennef, Hermsdorf, Hochspeyer, Hochstadt, Kretzschau, Kristel, Lägerdorf, Leipzig I, Mainz, Mariendorf, Mülheim a. d. Ruhr, Nordhausen, Pankow, Pierchen, Regensburg, Reichenbach i. V., Riesa, Schwerin, Seckenheim, Starnberg, Steglitz, Straßburg, Tailfingen, Tiegenhof, Trebbin, Vallendar, Viersen, Villingen, Wachenbuchen, Wilsdruff, Witten, Winsen je 200, Hörde 272,60, Ilversgehofen 200,27, Waldheim 180, Döbeln 175, Oldesloe 170, Berlin C 160, Alzenau, Aue, Cunnersdorf, Dürkheim, Edingen, Elmstein, Flensburg, Gera, Goldlauter, Jebenhausen, Kessenich, Königszelt, Lettin, Magdeburg, Marburg, Ndr.-Zwehren, Oberbettringen, Oettingen, Passau, Rawitsch, Reichenbach i. V., Rosenheim, Rudolstadt, Schleusingen, Schweidnitz, Schwenningen, Stendal, Veitshöchheim, Waltershausen, Wilmersdorf je 150, Helbra 140, Baumschulenweg, Lippoldshausen je 125, Finthen 120, Kl.-Kotzenburg, Rod je 110, Achim, Altena, Alte Neustadt, Brunsbüttelkoog, Bubenheim, Burgstädt, Coburg, Darmstadt, Dellbrück, Deuben, Driesen, Eilenburg, Erlangen, Essen, Frankfurt III, Görlitz, Göttingen, Gassen, Haibach, Heddesheim, Hemmoor, Kaltennordheim, Kl.-Hansen, Knielingen, Königsberg, Lüneburg, Meiderich, Mölln, Niederjosbach, Nürtingen, Oschatz, Osendorf, Pasewalk, Pflaumheim, Pößneck, Pritzwalk, Rödelheim, Schmölln, Schw.-Hall, Schwelm, Schwerte, Stadtilm, Stetten, Tenchern, Themar, Uetersen, Vilbel, Wehringhausen, Weilburg, Witten, Ziegelhausen je 100, Borsdorf 98, Aalen 90, Gelnhausen 85, Fulda, Homburg, Oldenburg, Wintersdorf, Zossen je 80, Arzheim, Brieg, Luckenau, Sudenburg je 75, Kötzschenbroda 74, Mühlheim a. D., Plauen b. D. je 70, Apolda 60, Wenigenjena 55,76, Colditz, Cottbus, Debschwitz, Freiburg in Schlesien, Gorma, Heiligenrode, Neue Neustadt je 50 Mk.

Summa der Ueberschüsse	39 301,13 Mk.
Beiträge von Einzelmitgliedern	3 644,55 „
Beitrittsgeld	25,10 „
Zinsen	17,50 „
Sonstige Einnahmen	22,03 „
Gesamteinnahme	43 010,31 Mk.

Ausgaben im Juli.

Zuschuß erhielten: Berlin G 1800, Berlin E, Berlin H je 1200, Berlin F 1000, Berlin B 800, Berlin A, Höchst, Offenbach I, Reinickendorf je 600, Leipzig II, Reudnitz je 500, Breslau, Cassel, Pannsdorf, Speyer je 400, Feudenheim, Gotha, Kalk, Kastel, Neckarau, Wiesbaden je 300, Oeynhausen 250, Böckingen, Böhlitz-Ehrenberg, Cannstatt, Duisburg, Ehrenfeld, Eßlingen, Finsterwalde, Gaisberg, Halberstadt, Ludwigshafen, Oggersheim, Potschappel, Brenzlau, Weißenfels, Zeulenroda je 200, Fulda, Neustadt b. L., Schönau, Westhofen b. R. je 150, Meißen 115, Bromberg, Dietesheim, Dünnwald, Fechenheim, Großenhain, Hofheim i. T., Iserlohn, Kelsterbach, Kempten, Marbach, Möckern, Mühlheim a. M., Münden, Muthlangen, Neuhausen, Offenbach II, Oppau, Rendsburg, Siegburg, Themar, Untermhaus, Weimar, Weißenstein je 100, Fackenburg 75, Bensheim 60, Obertürkheim 40, Eislingen, Flörsheim, Neumühlen, Ohlau je 50 Mk.

Summa der Zuschüsse	19 640,— Mk.
Krankengeld an Einzelmitglieder	3 204,59 „
Sterbegeld	—,— „
Sonstige Ausgaben	—,— „
Gesamtausgabe	26 184,89 Mk.
Gesamteinnahme	43 010,31 Mk.
Gesamtausgabe	26 184,89 „
Zunahme des Vermögens	16 825,42 Mk.

A. Huck, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. H. 86, Hamburg).

Im Juli sandten Ueberschüsse ein: Braunschweig, Ohligs, Aumühle, Barmen, Leipzig je 200, Bergedorf 150, Bürgel 120, Hamburg III 110, Mannheim, Harburg je 100 Mk. Summa 1580 Mk. Zuschuß erhielten: Berlin C 200, Kaiserslautern 150, Liegnitz, Hannover je 100, Freiburg 50 Mk. Summa 600 Mk.

Jul. Maßmann, Hauptkassierer,
Hamburg, Schwenckestr. 37.

Versammlungs-Anzeigen.

Essen a. Ruhr. Parkettleger. Jeden 2. Sonntag im Monat vorm. 10½ Uhr Sektions-Versammlung im Restaurant Bernewäldchen, Moltkestr.

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis Gormannstraße 13 und Rückerstraße 9:

Drechsler, Modelltischler, Stellmacher, Stockarbeiter: 8—10 Uhr vormittags
Maschinenarbeiter, Einsetzer: von 10—12 Uhr vormittags
Kistenmacher von 1½—3 Uhr nachmittags
Möbelpolierer von 8—11 Uhr vormittags
Bautischler von 1—3 Uhr nachmittags
Tischler aller Branchen außer Bautischler von 8 bis 1 Uhr vormittags

In dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle, Rungestr. 30 I., parterre, Zimmer 5, werden vormittags von 9—12 Uhr folgende Branchen vermittelt:

Bilderrahmenmacher,	Korbmacher,
Bodenleger,	Kammacher,
Bürstenmacher,	Perlmutterarbeiter,
Hutformentischler,	Schirmmacher,
Jalousiearbeiter,	Vergolder.
Klavierarbeiter,	

☞ Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

☞ Das Anfragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Braunschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau, Werder 32, II. Umschauen, Benutzung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Inserate ist strengstens verboten.

Bremerhaven. Die zureisenden Kollegen aller Branchen haben sich zuerst im Büro, Deich 51—55, nach den hiesigen Verhältnissen zu erkundigen. Das Umschauen und Nachfragen auf anderen Nachweisen ist unzulässig.

Breslau. Die Herberge befindet sich seit 1. Juli d. J. im neuerbauten Gewerkschaftshaus Margaretenstraße 17. — Der paritätische Arbeitsnachweis ist Breitestraße 35. Die Vermittlung geschieht außer Sonnabends und Sonntags an jedem Tage, früh von 8—9 Uhr. Umschauen ist verboten.

Cöthen. Die reisenden Kollegen werden ersucht, sich über die hiesigen Verhältnisse zuerst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen. Umschauen strengstens untersagt. Unterstützung beim Kassierer Koll. Jewand, Springstr. 35. Abends 6—7 Uhr.

Darmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 19. Umschauen streng verboten.

Döbeln. Der Arbeitsnachweis befindet sich Brauhausgasse 11, pt. Umschauen streng verboten.

Eberswalde. Die Reiseunterstützung wird bei dem Genossen Paul Fischer, Zentralherberge, Jüdenstraße 6, ausbezahlt; daselbst wird Auskunft über Lohn- und Arbeitsbedingungen erteilt. Das Umschauen ist streng verboten.

Eisenach. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich zuvor an unsern Bevollmächtigten Adolf Giese, Siebenbornstraße 4, zu wenden. Umschauen streng verboten.

Erfurt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen für Erfurt und Umgebung befindet sich nur Hirschlachufer 29, geöffnet 6—8 Uhr abends. Briefliche Angebote bei den Unternehmern oder Benutzung anderer Nachweise sowie Umschauen ist streng verboten.

Frankfurt a. Main. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Bureau, Allerheiligenstr. 51, I, geöffnet vormittags von 9—10 Uhr, nachmittags von 3½—4 Uhr. Vermittlung aller in der Holzbranche tätigen Arbeiter, als Bau-, Möbel-, Maschinen-, Modell- und Kistenschreiner, Bürsten-, Pinsel- und Rahmenmacher, Glaser, Drechsler, Vergolder, Wagner (Stellmacher) und die in diesen Berufen beschäftigten Maschinen- und Hilfsarbeiter. Vermittlung für die Stadt und nach auswärts. Umschauen streng verboten.

Großschönau. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Bevollmächtigten R. Gulich, Grenzweg 687. Geöffnet mittags 12—1½ Uhr und abends 5½—7½ Uhr. Die Kollegen werden ersucht, nur diesen Nachweis zu benutzen. Umschauen streng verboten.

Hameln. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Mahler, Neuemarktstr. 30, woselbst auch die Unterstützung ausgezahlt wird. Die zugereisten Kollegen werden gebeten, das Umschauen zu unterlassen und nur der Nachweis zu benutzen. Auch schriftliche Anfragen beim Unternehmer sind strengstens untersagt.

Harburg a. Elbe. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind verpflichtet, unsern Arbeitsnachweis, Gr. Schippsee 18, I, Zimm. 1, zu benützen. Geöffnet von 7 bis 7½ Uhr abends. Herberge bei E. Lüssenhop, 1. Bergstraße 7. Umschauen ist streng verboten.

Landsberg a. Warthe. Zureisende Kollegen, die hier Arbeit suchen wollen, müssen sich laut Beschluß der Lokalverwaltung bei dem Bevollmächtigten melden. Richard Neumann, Dammstr. 65 (Konsum-Verein).

Leipzig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Volkshaus, Zeitzerstr. 32. Für die Arbeitsvermittlung gelten besondere Bestimmungen. Umschauen und schriftliche Anfragen sind nicht gestattet. Die zugereisten Kollegen haben sich in erster Linie im Zahlstellenbureau zu melden.

Mainz. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Zanggasse 15, Hth. 1. Tr. Umschauen ist verboten.

[illegible]. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang [illegible]gasse, 1. Etage. Geöffnet von 11—1 und 5—7 Uhr. Umschauen ist verboten.

Schwenningen. Das Zahlstellenbureau befindet sich von jetzt ab in der „ehemaligen Handelsdruckerei", [illegible]straße 17/19. Auszahlung der Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis 12—1 Uhr nachmittags.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich für alle Branchen bei [illegible], Gr. Moor 19. Geöffnet abends 6½—7 Uhr, Morgens von 8—10 Uhr Sonntags. Die Kollegen dürfen nur durch unsern Nachweis in Arbeit treten. Umschauen streng verboten.

Stuttgart. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt in Stuttgart, Schmalestr. 11, in Cannstatt, [illegible]str. 3. Das Umschauen im Zahlstellengebiet ist strengstens verboten.

Vegesack. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Vegesack, Kirchenstr. 69. Geöffnet morgens von 10—1 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr. Umschauen und schriftliche Anfragen beim Unternehmer sind streng verboten, ebenfalls die vorherige Benutzung eines anderen Arbeitsnachweises.

Weinheim i. B. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich zuvor um Auskunft an unseren Bevollmächtigten zu wenden. Umschauen verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Wilhelm [illegible], Frankenstraße [illegible]. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße [illegible], ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags 12—1 Uhr.

Zuffenhausen. Die zureisenden Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich zuvor Auskunft einzuholen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei dem Bevollmächtigten Chr. Schönleber, Wilhelmstr. 57a, II, oder bei dem Kassierer Franz Kaiser, Kirchtalstr. 31, pt. Letzterer erteilt Auskunft über Arbeitsvermittlung und zahlt Reiseunterstützung. Werktags abends 6—8 Uhr, Sonntags 11—1 Uhr. Das Umschauen ist unbedingt zu unterlassen.

Karl Wolff, Tischler, sende deine Adresse an deinen Bruder August Wolff, Gumbinnen, Magazinplatz 5, I. Auch die Kollegen werden um Nachricht über ihn gebeten.

Josef Wallisch, Tischler aus Hradek, Böhmen, wird dringend als Zeuge gebraucht. Wer zuerst seine Adresse sendet, erhält 2 Mark. E. Ebert, Bevollm. der Zahlstelle Zwickau, Lothringerstr. 36.

Jakob Rutkowski Schneidemüller, geb. 17. 3. 1877 zu Grätz, Posen, wird von seiner Frau gesucht. Wer über ihn Nachricht geben kann, wird um Mitteilung gebeten an M. Bergelt, Buchholz Sa., Buchenstr. 25.

Karl Haase Tischler, geb. 7. 12. 1880 zu Brandshagen, Kr. Grimmen, Buchn. 138262, wird in dringender Angelegenheit gesucht. Kollegen, die etwas von ihm wissen, wollen Mitteilung machen an die Zahlstelle Hamburg, Besenbinderhof 57.

Bekanntmachung.

Die von dem Unterzeichneten in der **Konkurssache Fröhling & Lippmann, Stuttgart,** vertretenen Kollegen werden um genaue Angabe ihrer Adressen gebeten. Die rückständigen Arbeitslöhne gelangen ab 4. August durch das Zahlstellenbüro Stuttgartt zur Auszahlung.

Der Bevollmächtigte:
M. Schleicher, Stuttgart, Holzstraße 16, II.

2—3 tüchtige **Möbeltischler** finden dauernde Beschäftigung in der Möbelfabrik von
Heinrich Schröder in Rummelsburg i. Pom.
Verheiratete bevorzugt.

Rahmentischler für Bilder- und Photographie-Rahmen, mit Nachweis über feinste und sauberste Arbeit, zu sofort gesucht.
L. Lübcke, Dresden, Lüttichaustr. 12.

---

2 **Bautischler** für sofort gesucht.
Gerh. Lammers, Bautischlerei m. Kraftbetr.,
Bad Bentheim, Bez. Osnabrück.

Zwei tüchtige **Bautischler** stellt sofort noch ein **Max Pagel,**
Tischlerei mit elektrischem Betrieb,
Rügenwalde a. d. Ostsee.

Ein junger **Möbeltischler** sofort gesucht.
Karl Hellmer, Tischlermeister,
Dacha a. Werra.

Tüchtige **Stuhlbauer** für sofort gesucht.
Erzgebirgische Holzindustrie Aktiengesellschaft,
Brand-Erbisdorf (Amtsh. Freiberg, Sa.)

Tüchtiger **Drechslergeselle** sofort gesucht.
Karl Mertens, Küllenhahn bei Elberfeld.

Jung. tücht. **Drechsler** bei hohem Lohn od. Akkord gesucht. **E. Wichmann, Neustettin.**

Tüchtige **Kastenmacher** und **Kastenhelfer** auf Phaeton-Karosserien sofort gesucht.
Herm. Holzhäuser, Arnstadt i. Thür.

---

3 bis 4 **Korbmachergehilfen** sofort für dauernd gesucht.
Karl Mosch, Korbmachermeister,
Oels i. Schles., Wallstr. 2.

Gesucht per sofort 1 **Korbmacher** auf Mattarbeit.
Jak. Reese, Korbmacher
Cranz a. Elbe.

---

1 **Korbmacher,** welcher auf Rohrarbeit gut eingearb. ist, für dauernde Beschäft. ges.
H. Gröning, Stockelsdorf bei Lübeck.

---

15 **Korbmacher** auf runde Geschoßkörbe und Rohrkörbe nach Tarif stellen wir sofort ein. **Calm & Ahlfeld in Bernburg.**

Zwei tüchtige **Korbmacher** auf Mattarbeit und Grüngeschlagen gesucht.
Willi Biehweg, Korbmacherei
Magdeburg-Buckau, Martinstr. 19.

---

2 tüchtige **Korbmacher** auf Mattarbeit gesucht. Dauernde Beschäftigung.
H. Riemann, Korbmachermeister
Artlenburg a. Elbe (Hannover).

Suche 3 tüchtige **Korbmacher** auf Rohr (Flaschensachkörbe). **A. Möhler,** Korbmacherm. **Lübeck,** Fischstr. 8.

Ges. sof. 1 guter **Korbmacher** (Fischkörbe).
H. Rühter, Neuenfelde, Bez. Hamburg.

Tüchtiger, solider **Korbmacher** auf Weiß- und Grüngeschlagen sowie runde Mattarbeit gesucht. Stellung für dauernd.
Albert Wenz, Sinzig a. Rh.

Gesucht zwei **Korbmacher** auf Fischkörbe.
Lange, Wulsdorf (Bremerhaven).

Korbmacher auf Peddigrohrmöbel stellt sofort ein für dauernde Beschäftigung
August Naumann, Herford (Westf.), Rennstr. 46/48.

---

10 tüchtige **Korbmacher** auf 98er Geschoßkörbe sofort gesucht. Zu melden b. **H. Hesse, Eisleben,** Jüdenhof 1.

Ein tücht. **Schweißer** für Pantinenhölzer bei gutem Lohn oder Akkord für dauernd gesucht. **Adolf Schwarz,** Holzpantinenfabrik, **Dömitz a. Elbe.**

Einen **Korbmachergehilfen** auf Geschlagenes und Reparaturen sucht bald
Frau S. Heinrich, Jauer, Königstr.

Ein solider **Korkschneider** findet dauernde Beschäftigung als Zuschneider.
Baltische Korkfabrik, Kiel.

Vom
Fachblatt für Holzarbeiter
behandelt das **Juliheft** in ausgiebiger Weise die **Leipziger Baufach-Ausstellung.** Ein Bild zeigt das
Haus der Gewerkschaften,
ein anderes eine Partie aus dem Ausstellungsraum des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Aus dem sonstigen Inhalt des Heftes heben wir hervor:
Die Befestigung der Einlegeböden. Von Otto Winkelmüller.
Die Stiftlochmaschine. Die Lackierung auf Holz. Von Hugo Hillig.
Die Entwicklungsgeschichte der Fenster in Form und Technik. Von R. Anger.

Abonnements auf die monatlich erscheinenden Hefte zu 1 Mark pro Vierteljahr werden angenommen von allen Zahlstellen, Postämtern sowie gegen Voreinsendung des Betrages direkt beim Verlag, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Bei Bedarf in
Hobelbänken, Hobeln, Werkzeugen
verlangen Sie gratis unsere neuste illustrierte Preisliste. Als sehr billig empfehlen wir:
Hobelbänke für Tischler

Länge:	170	190	200	230 cm.
Preis:	39,—	40,—	42,—	45,— Mk.

gegen Nachnahme oder vorherige Kasse.
Gebr. Haase, G. m. b. H., Liegnitz, Werkzeugfabrik.

Leichte Arbeit

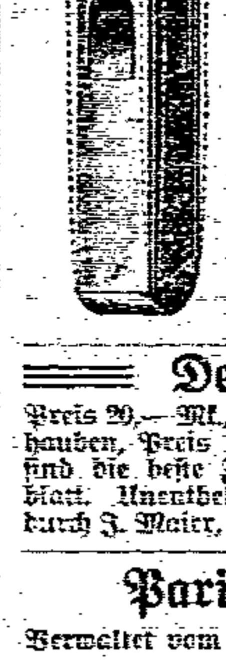
hat, wer sich zunutze macht, was andere erfahrene Fachgenossen in ihrer Praxis herausgefunden und erprobt haben. Alles das ist niedergeschrieben und durch ausgezeichnete Abbildungen erläutert in dem berühmten Werk „Der praktische Tischler" von Herm. Walde. Es enthält 800 Seiten Text mit 1065 Abbildungen, 100 ein- und mehrfarbigen Tafeln und zwei lehrreiche Modelle, und kostet 22 Mark, zahlbar mit monatlich 3 Mark. Erleichtern Sie sich Ihre schwere Arbeit, sorgen Sie für Ihre fachliche Weiterbildung! Sie werden es nicht bereuen. **Alle Bücher liefert gegen Teilzahlung** E. H. F. Reisner, Leipzig, Salomonstr. 10b.

Amerik. Werkzeug-Neuheiten.

Patent-Schraubenzieher Original Nr. 30, ausgezogene Länge 50 cm, mit 3 Klingen à 4,50 Mk. Schabhobel Art Nr. 80, mit 1 Eis. 70 mm breit à 2,25 Mk.; Schabhobel Kunz Nr. 8, Original do. à 2,25 Mk.; Reform-Putzhobel mit Garantie 1a à 5,25 Mk.; Leimkratzer 1a Stahl, 60 mm br. à 60 Pf.; Echte Diston-Ziehklingen à 30 Pf., 6 Stck. 1,50 Mk.; 1a Dübeleisen 8 Löcher mit Zähne à 1,40 Mk.; Bohrwinden m. Kugellager à 1,50 Mk.

Verlangen Sie sofort gratis Plakat Januar 1912 mit vielen neuen Abbildungen von
Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelner Strasse 31.

☞ **Eingelegte Furniere** ☜
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungsschreiben.
E. Biller, Marqueteur, **Heidelberg**
Theater-Strasse 7.



„Spitzbankhaken Anker!"
ist der beste, beim Arbeitswechsel leicht mitzunehmen, paßt vermittelst seiner ausdehnbaren Wände zu jeder Hobelbank.
Preis per **Stück 2,50 Mk.,** bei Sammelaufträgen von zehn **Stück an 10 Prozent Rabatt,** franko gegen Nachnahme.
Verlangen Sie gratis und franko meine Preislisten über viele praktische Neuheiten.
Heinr. Busch, Hagen i. Westf.
Beschläge und Werkzeuge.

Der Kastenmacher

Preis 20,— Mk., und 7 Abhandlungen über Windschutzhauben, Preis 13,50 Mk., von Feldmabel in Wien, sind die beste Zeichenschule und ersetzen jedes Fachblatt. Unentbehrlich für jeden Wagner. Zu beziehen durch J. Maier, Obertürkheim bei Stuttgart, Bergstr. 7.

Paul Horn

Politur- und Lackfabrik
Hamburg 23.

Unübertroffen und darum von so großer **Werbekraft** sind **Peha-Matt,** meine nach mein **wasserechtes** eigenem Verfahren hergestellten und **gereinigten Schellack-polituren** und meine hochmodernen **Holzbeizen,** die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambranitbeizen usw.). — Mein **neues Polierverfahren** hat sich glänzend bewährt. Es ist **durch Reichspatente gesetzlich geschützt!**

Man **erspart: Material, Zeit und Arbeit!**

Ich versende zum **Versuch** ein Körbchen, enthaltend:
1 Flasche Peha-Matt
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt
1 „ Patentpolitur zum Reinpolieren
1 „ allerfeinsten Politur-Glanzlack (blond)
1 „ Kristall-Lack (blond)
1 „ Schleif- und Polieröl (gelblich)
1 Dose Porenfüllpulver Mon-Ak (nußbaum)
1 „ „ Marmor-Mona (mahagoni)
1 „ Bimsstein-Polier-Pulver (hellnuß)
1 Tube Inkrustationskitt, blond (zum Auskitten schadhafter Holzstellen)
1 Stück Kork-Schleifklotz (120 × 75 × 30 mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskollo zum Polieren zu 8 Mk., frk. inkl. Emballage.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel
liefert seit 30 Jahren
Jean Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhof 70.

Streichs Tischler-Fachschule Cöthen
Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule.
Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.
Programm kostenlos durch die Direktion.

SEIT 20 JAHREN steht die
Fachschule Detmold
an der Spitze der Tischlerfachschulen
Auskunft frei.
DIREKTOR KOLSCHER

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Erstkl. techn. u. kunstgewerbl. Lehranstalt m. Handelskursen. | **Nürnberg.**
Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche. — Im 8. Schuljahr erhielten 69 Schüler Stellung. | Progr. und ill. Brosch. umsonst.

Thüringische
Tischlerfachschule Ilmenau
Schnelle und sichere Ausbildung.
DIREKTION: **Architekt Kallsen.**

Kunstgewerbliche Tischlerschule
Blankenburg, H. 2
Programm frei. **Direktor Reineking.**

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 26. Juli, bis Freitag, 1. August 1913.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	46	—	715	190	—	1671	29	—	276	68	—	642	4	—	78	133	—	792
Bremen	43	1	86	22	—	31	4	—	23	2	—	2	—	—	1	—	—	6
Breslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Celle	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eilenburg	—	—	—	1	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
Forst	1	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	27	—	141	20	—	77	3	—	8	2	—	14	1	—	—	10	—	10
Herford	—	—	—	3	2	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	23	—	7	1	—	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Zusammen	144	1	952	238	2	1809	36	—	307	72	—	658	5	—	79	143	—	813
Vor. Woche	127	—	1024	207	—	1905	39	—	318	76	—	702	4	—	83	162	—	860

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H. in Berlin SO. 16